

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND
FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

BUND

Warum Eiserne Front?

Das kapitalistische Wirtschaftssystem gibt dem Unternehmertum fast ein Alleinrecht auf Besitz, Profit, Ausbeutung, Macht und Herrschaft, das rücksichtslos von ihm ausgenutzt wird. Die Arbeiterschaft kann diese Ungleichheit und Bevorzugung der besitzenden Klasse nicht dulden und anerkennen, sie bekämpft deshalb das ungleiche und gegenwärtig fast völlig verengende Wirtschaftssystem mit seinen verheerenden Folgen für die gesamte Menschheit. Jahrzehnte hindurch wird dieser Kampf von der organisierten Arbeiterschaft schon geführt. Die Erfolge bestehen darin, daß aus dem einst rechtlosen, stumpfen, unwissenden, gefügigen, hilflos seinem Schicksal preisgegebenen Proleten der freie, organisierte, qualifizierte, kämpferische Arbeiter und daß aus der teilnahmslosen, willfähigen, in Laster, Dummheit und Unkultur gehaltenen Masse die aufklärte, disziplinierte, zielbewußte Arbeiterklasse mit politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Betätigungsdrang wurde; die Arbeiterklasse, die sich das Vereinsigungsrecht, das Wahlrecht, das Mitbestimmungsrecht im Lohn- und Arbeitsverhältnis, das Mitbestimmungsrecht im Staat und Verfassungsrechte erkämpfte; die Arbeiterklasse, die höhere Lebens- und Kulturansprüche durchsetzte und die Sozialgesetzgebung errang. Dies und noch viel mehr ist ihr Werk, das sie aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln selbst gegen den Willen eigener Klassengenossen, des Bürgertums und der Unternehmer unter oft schwierigsten Bedingungen schuf. In ihm sind die wichtigsten Lebensnotwendigkeiten für die deutsche Arbeiterschaft und für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands enthalten.

Dieses umfangreiche, segensreiche Werk ist in Gefahr. Es soll vernichtet werden. Die Kapitalisten fühlen sich dadurch bedroht und nützen die Not unserer Zeit und die Selbstzerfleischung der Arbeiterschaft aus, um mit ihrer blutrünstigen Schutztruppe, den Nationalsozialisten, Gelben, Stahlhelmern, der Arbeiterschaft diese wichtigen Errungenschaften und großen Erfolge zu entreißen. Sie stiften Verwirrung in der Arbeiterklasse — darin leisten ihnen sogar die Kommunisten willig Helfersdienste — sie stacheln Neid und Haß auf, fördern Rechthaberei und Sekterertum. Was den Arbeitern durch den Lohnabbau entzogen wird, fließt den kapitalistischen Helfershelfern zum Teil als Kampffond zu. Die Hitler-Partei mit einem Jahresetat allein im Braunen Haus in München von 50—60 Millionen RM schöpft das meiste aus diesen nie versiegenden Quellen. Die kapitalistischen Geldgeber lassen sich also den Kampf gegen die Arbeiterschaft etwas kosten. Sie wollen dafür auch Erfolge sehen. Die blutrünstigen Redensarten der Naziführer vom Köpferrollen, von der Nacht der langen Messer, vom Aufhängen der marxistischen Funktionäre, haben also einen ganz realen Hintergrund. Mit geistigen Waffen können Charlatane und Demagogen keine erfolgreichen Taten vollbringen, deshalb schieben sie Abenteurer und Gesinde, die mit Revolver und Dolch, mit Schlagring und Eichenstock den politischen Kampf gegen die Arbeiterschaft zu führen haben. Einige hundert Tote seien bereits zum Opfer, und das Land der Dichter und Denker wird im Auslande bereits als das Narrenhaus Deutschland bezeichnet.

Adolf Hitler war erst am 26. Januar 1932 in Düsseldorf wieder einmal bei seinen großen Geldgebern. Fritz Thyssen war der Arrangeur. Hitler hielt im besten Hotel vor 1000 Industriellen, die zum größten Teil von ihrer Tagung in Köln nach Düs-

seldorf in Autos eilten, einen Vortrag. Er bekam viel Beifall, und Fritz Thyssen sagte dazu, daß er alles unterschreibe, was Hitler gesagt habe. Also muß Hitler, der Führer der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, den Unternehmern sehr zum Munde geredet haben. Zu Hitlers Ehren wurde auch ein großes Festessen gegeben. Dazu ist also Geld in Hülle und Fülle vorhanden.

Das Zusammenarbeiten der Hitler-Partei mit den schlimmsten Scharfmachern der Unternehmerfront ist also eine Tatsache, und Hitler wird sich weiter für die goldenen Kugeln, die ihm aus Unternehmerkreisen zurollen, erkenntlich zeigen. Das ganze Verhalten der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ließ schon bisher darauf schließen, daß sie den Kapitalisten dienstbar ist. Das offizielle Auftreten Hitlers in Düsseldorf ist ein weiterer Beweis dafür,

Hitlerleuten Rechnung tragenden Justiz, einer vom Nationalsozialismus zum Teil verseuchten Schule und Kirche sowie diesen zaghaft behandelnden republikanischen Regierungsstellen sieht sich die Arbeiterschaft gegenüber.

Sollen wir Arbeiter und Arbeiterinnen diese gewalttätige terrorisierende, verseuchende Reaktionsfront gewähren lassen?

Sollen wir etwa feige vor ihr zurückweichen?

Sollen wir ihr gar freiwillig die Wege zur Staatsmacht freigegeben?

Sollen wir durch unser Zurückstehen im Auslande die Meinung aufkommen lassen, in Deutschland ist nur Hitler eine entscheidende Macht?

Nein, das dürfen wir nicht zulassen. Dagegen müssen wir uns wenden. Die Schädlinge Deutschlands dürfen nicht an

Der namenlosen Kriegsgeneration gesellte sich die arbeitende Jugend zu, die auch weiß, was auf dem Spiele steht. Diese Jugend träumt nicht von einem Dritten Reich mit Orden, Ehren und hohem Einkommen für einige Führer, sondern denkt real an die notwendigen Dinge für das arbeitende Volk, an produktive Arbeit, damit die Betriebe wieder laufen, an Völkerverständigung, damit der Welthandel in Gang kommt, an Freiheit, damit sie sich in ihrem Sinne entfalten kann, an Mitbestimmungsrecht, damit die Krisen des kapitalistischen Wirtschaftssystems die Völker nicht mehr in der katastrophalen Weise heimsuchen können.

Auch die Frauen und Mädchen der Arbeiter gehören in die Eiserne Front. Sie, als Sachwalter der Familien, sollten sich der Aufgabe unterziehen und der Eisernen Front die Mittel sammeln und zusammentragen, groschenweise, weil unsere Kassen nicht aus den Banktresors schwerreicher Geldleute gefüllt werden, wie es bei Hitler und Hugenberg der Fall ist.

In dieser Zeit der Not ist es schwer, gerade von der bedrückten arbeitenden Bevölkerung Geld zu verlangen, aber der Abwehrkampf bedingt, daß vor allem die, die noch einige Groschen haben, für die Eiserne Front einen hergeben.

Alle müssen sich den Opfermut so mancher Arbeiter in der Eisernen Front zum Vorbild nehmen, die, vielfach nur unvollkommen gekleidet, mit geflickten Hosen und einigen Stücken Brot in der Tasche, ohne Geld Propagandafahrten mitmachen, Saalschutz bilden und die lebendige Abwehrfront gegen den Faschismus bilden.

In einem solchen Zeitpunkt müssen aber auch die Richtungs- und Meinungskämpfe innerhalb der Arbeiterschaft zurückgestellt werden. Sie bringen nur unnötige Erregung, steigern die Verwirrung und stören das einheitliche Vorgehen. Deshalb fort mit Eigenbrötelei, Streit, Zwierrat und Hader, wo es geschlossen zu handeln gilt.

Die Gewerkschaften bilden die Hammerschaften in der Eisernen Front. Und warum sollen die freien, christlichen, Hirsch-Dunckerschen und unorganisierten Arbeiter nicht gemeinsam in den Hammerschaften gegen die Scharfmacher vom Schlage Thyssen und gegen die Interessenten staatsfeindlicher Privatarmeen marschieren und ihre dunklen Pläne mit vereiteln?

Der großen Öffentlichkeit muß unser Opfersinn, unser eiserner Kampfeswille, unsere entschiedene Abwehr, unsere eisernerne Tatkraft und unsere eisernerne Entschlossenheit gezeigt werden.

Deshalb Eiserne Front!

Schafft Munition für die Eiserne Front

Die Rüstwoche zur Munitionsbeschaffung für die „Eiserne Front“ wird im ganzen Reiche durchgeführt. Der Gedanke, mit der Einzeichnung in das Eiserne Buch Opfersinn und Bekanntheit zu beweisen, ist aus der Aktivität dieser Wochen geboren worden. Viele republikanisch gesinnte Staatsbürger setzen sich durch die Eintragung der Gefahr wirtschaftlichen Terrors aus. Wer diesen Terror zu fürchten hat, kann seinen Beitrag auf das Konto „Eiserne Front“, Nr. 624, bei der Arbeiterbank, Depositionskasse Lindenstraße, Berlin SW 63, Lindenstraße 3, Postscheckkonto Berlin Nr. 141 523, einzahlen. Dieses Konto ist für Einzelbeiträge aus dem ganzen Reiche eingerichtet worden.

150 000 Ziegler

fordern Arbeit!

Unternehmer, die Arbeitskraft von 150 000 Ziegler liegt zum erheblichen Teil seit Jahren brach, sie verlangt Betätigung. Ihr habt die Pflicht, die in eurem Besitz befindlichen Produktionsmittel mit den in reichlichem Maße zur Verfügung stehenden Arbeitskräften in Gang zu bringen und auszunutzen.

Regierung, du hast mit deinen Notverordnungen angeblich dem Volk und der Wirtschaft dienen wollen und dabei das Wichtigste, die Beschaffung von Arbeit, unberücksichtigt gelassen. Regierung, hole nach, was du versäumt hast, handle auch in der Arbeitsbeschaffung. 150 000 Ziegler warten darauf.

Öffentlichkeit, vernehme: 150 000 Ziegler sind zum Nichtstun verurteilt. Sie können ihr drückendes Los seelisch kaum noch ertragen. Deshalb verlangen sie Arbeit und Verdienst, sie müssen ihren Familien wieder ein menschenwürdiges Dasein schaffen. Die beste Hilfe ist: lohnende Beschäftigung; 150 000 rufen nach ihr.

Her mit Arbeit!

daß die ganze Partei im Dienste des raffenden Kapitals ohne Unterschied der Rasse steht. Wer deshalb als Arbeiter, Angestellter, Beamter, Bauer, Handwerker, Gewerbetreibender von der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei für sich und seine Berufsgruppe etwas erwartet, wird eine schwere Enttäuschung erleben. Nur im Sinne der Unternehmer zu handeln, haben schon oft genug Nationalsozialisten, entgegenkommend wie bezahlte Söldner einmal sind, großmütig versprochen. Das Auftreten Hitlers vor den Industriellen ist eine weitere Bestätigung. Hitler ist der gewalttätigste Einpeitscher der Kapitalisten und seine Partei das willfähigste Werkzeug im Dienste der Scharfmacher.

Wir Arbeiter und Arbeiterinnen sehen uns also einer skrupellosen, brutalen, blutrünstigen und entmenschten Front gegenüber, die mit Terror und Gewalt die Arbeiterrechte und Errungenschaften beseitigen, die Freiheit vernichten und den Kapitalisten die Herrschaft über den arbeitenden Menschen sichern soll. Daß sich dazu die Proletarier in den Hitlerschen SA-Formationen mißbrauchen lassen, ist die Krankheit unserer Zeit und der Beweis dafür, daß die Verwirrung der Geister schon weit vorgedrungen ist. Aber auch einer den Nationalsozialisten und ihren

die Macht, und Deutschland muß zeigen, daß die übergroße Mehrheit der Bevölkerung mit Hitler und seinen Geldgebern nichts gemein haben will.

Die Arbeiter, Angestellten, Beamten, ja wohl, auch die republikanischen Bürger setzen sich zur Wehr. Sie bilden

die Eiserne Front

gegen die Verderber Deutschlands, gegen die anstürmende Reaktion, gegen den Hitlerismus.

Die Eiserne Front wurde ohne besonderes Zutun in wenigen Tagen eine millionenstarke Organisation gegen Faschismus von Kapitalsgnaden. Sie ruht nicht auf den Schultern einiger Führer, sondern wird getragen von Millionen zäher, gestählter Frontsoldaten, die draußen an der Front als graue Masse standen und jahrelang einer gewaltigen Uebermacht trotzten. Diese namenlosen Soldaten der Eisernen Front wissen, worauf es ankommt, und was sie wollen, genau wie von 1914—18. Sie reden nicht viel von ihren Aufgaben, aber sie verstehen zu handeln zum geeigneten Zeitpunkt für Deutschland, für das arbeitende Volk und für die Republik.

Der Zeitpunkt ist da: nun formieren sie sich in der Eisernen Front.

Im Kampfe gegen Krisennot

Eine Wirtschaftskrise von ungeahntem Ausmaß durchbebt die Welt. Kaum ein Land, das heute noch nicht von ihr betroffen ist.

Nicht nur im Weltkrieg unterlegene Staaten, sondern auch die Gewinner dieses Krieges spüren mehr und mehr, daß die Neuordnung der Dinge durch die sogenannten Friedensschlüsse in Wahrheit eine große Unordnung, ein schlimmes Durcheinander gebracht hat. Neben England, früher der Bankier der Welt, das bereits seit vielen Jahren ein Ideenheer von Arbeitslosen hat, bekam auch in den letzten zwei Jahren Amerika die Krise außerordentlich stark zu spüren. Die Zahl von acht Millionen Arbeitslosen in diesem Lande ist relativ höher als in den meisten europäischen Staaten. Aber auch die französische Arbeiterschaft bekommt neuerdings die Auswirkungen dieser Weltkrise in Form von Arbeitslosigkeit und sehr starker Kurzarbeit deutlich zu spüren.

Der Kapitalismus bemüht sich vorzweifelnd, seine Stellung zu behaupten. Daß er dabei international sowie im eigenen Lande, vor nichts zurückschreckt, erleben wir täglich. Das einzige Heilmittel, das die genialen Führer des kapitalistischen Wirtschaftssystems anzuführen haben, um eine Krise zu bekämpfen, besteht ausschließlich im Herabsetzen der Löhne. Daß die Krisenursachen viel tiefer liegen, daß der Kapitalismus selbst infolge seiner zum Monopol ausgebauten Machtstellung die alleinige Schuld trägt, dürfen sie nicht zugeben. Das wäre ja das Eingeständnis, daß sie eben nicht mehr weiter können.

Seit jeher hat der internationale Sozialismus aufgezeigt, wie hier Abhilfe zu schaffen ist. Engste Verflechtung der einzelnen Volkswirtschaften, Handelsverträge auf der Basis der Gleichberechtigung und Mitwirkung der Arbeiterklasse bei der Güterverteilung im internationalen Maßstabe sind die Wege, die aus diesen Schwierigkeiten herausführen.

Die Wege, die im Innern zu gehen sind, sind von den Gewerkschaften so oft und nachdrücklich herausgestellt worden, daß das hier nicht mehr wiederholt zu werden braucht. Die Frage ist nur, ob sich Vernunft und Einsicht durchsetzen können, ehe es zu spät ist.

In dieser Situation sehen wir ein erfreuliches Erstarken des gewerkschaftlichen Gedankens und ein immer stärkeres Zusammenwirken aller gewerkschaftlichen Kräfte. Eines der schlimmsten Hemmnisse ist jedoch die ideologische Zersplitterung in den Reihen derer, die eigentlich gegen den Hochkapitalismus eine geschlossene Phalanx bilden müßten. Wir denken da an die weiten Schichten des erwerbstätigen Mittelstandes und der Gewerbetreibenden, deren Kampfstellung schon längst bei richtiger Erkenntnis im Lager der Arbeiterschaft sein müßte. In Wahrheit sind die Kreise aber heute politisch und ideologisch zum größten Teil im Schlepptau der Reaktion. Der Mittelstand hat seit der Revolution über die Demokraten zur Wirtschaftspartei und zu den Nationalsozialisten drei Etappen durchlaufen, und noch ist nicht abzusehen, wohin er sich politisch durchmausert wird. Daß ihm von den neuen Mittelstandsrettern, von den Nazis, das Heil nicht gebracht werden kann, liegt auf der Hand; denn diese Partei ist nichts anderes als ein Anhängsel des Kapitalismus. Im übrigen tut das Geschrei gegen den „Marxismus“ auf diese Mittelschichten auch seine Wirkung. Man weiß zwar nicht genau, was man sich darunter vorzustellen hat; aber eine ungeheure sintflutartige Bearbeitung weiter

Kreise durch eine willfährige Presse und durch den bis zur Ekelhaftigkeit vorletzten politischen Kampf der kapitalistischen Demagogen haben es verstanden, den Marxismus zu dem zu machen, was für die kleinen Kinder früher der „schwarze Mann“ war. Hier gilt es, in der Agitation mit aller Kraft fortzuführen und den Kreisen klarzumachen, daß ihre Frontstellung gemeinsam mit dem Proletariat sich gegen den Kapitalismus richten muß.

Aber auch innerhalb der Arbeiterschaft selbst ist der planmäßige Minorarbeit der Gegner von rechts und links größte Aufmerksamkeit zu schenken. Die hinterhältige Taktik der Nationalsozialisten ist immer wieder aufzuzeigen. Bei der Abstimmung im Reichstago zur Tarif- und Schlichtungspolitik waren diese Leute vorher aus dem Saal ausmarschiert. Das ist wohl die bequemste Art, sich um eine Stellungnahme herumzudrücken. Sie haben damit ihren kapitalistischen Geldgebern und Freunden nicht wehe getan und haben andererseits auch ihre Anhänger, besonders in der Angestelltenenschaft, denen der Sperling bescheidener Rechte in der Hand doch noch lieber ist, als die Sogungen des Dritten Reiches auf dem Dach, ebenfalls im unklaren gelassen. Der Kundigo weiß aber, daß von dieser Haltung bis zur Einheitsfront von Harzburg, die diese Auel-Arbeiterpartei mit den Schwerkapitalisten und Wirtschaftsverbrechern zusammenführte, ein ganz logischer Schritt führt.

In dieser Situation sollte man wenigstens glauben, daß innerhalb der freien Arbeiterschaft unbedingte Geschlossenheit Voraussetzung wäre. Leider ist das nicht so. Die in jeder Hinsicht von Moskau abhängige Kommunistische Partei läßt nichts unversucht, um die Front der Arbeitenden zu schwächen. In ihrer Verantheit und in ihrem Haß gegen alle Andersdenkenden sehen sie nicht, daß sie damit den Kapitalisten Zutreibdienste leisten. Die Gründung ihrer Sondergewerkschaften hat der Arbeiterschaft bis jetzt nicht den geringsten Erfolg gebracht. Überall, wo man hinsieht, sind Mißerfolge und Nachteile, und zwar nicht nur allein für ihre Anhänger, eingetreten. Es bedarf auch wirklich nicht allzu großer sozialistischer Erkenntnis, um zu begreifen, daß in einem solch gewaltigen Ringen die Existenz von Splittergruppen innerhalb der Bewegung keinen Vorteil, sondern stets nur Nachteile bringen kann. Man darf aber konstatieren, das beweisen die Vorkommnisse der jüngsten Vergangenheit, daß im Ernstfall die Arbeiterschaft nicht auf diese Phraseologie hört, sondern unter der Führung der Gewerkschaften einheitlich zusammensteht.

Die Fronten sind also klar: Auf der einen Seite das vorzüglich organisierte Ausbeutertum, das sich zur Niederhaltung der Arbeiterschaft heute sogar einer „sozialistischen“ Partei bedient; auf der anderen Seite die in den Gewerkschaften organisierte Macht der Arbeiterklasse. Für jeden Wissenden ist klar, daß in den kommenden gewaltigen Kämpfen nur die in den Gewerkschaften vereinigte Arbeiterschaft den wirklich positiven Kampf führen kann. Deshalb gilt es, diese Machtposition auszubauen. Fort mit aller kleintlichen Nörgelei, und her zu uns in die Front der freien Gewerkschaften! Nur so wird der Kampf gegen das organisierte Unternehmertum erfolgreich geführt werden. Die Gewerkschaften als Führer und wirksame Vertreter der Arbeiterinteressen werden auch für die Zukunft im Kampfe für die planvolle Gemeinwirtschaft, für den Sozialismus, vorgehen. H. Kühn.

seinen Eltern in häuslicher Gemeinschaft und bezahlt er für den Unterhalt derselben pro Woche 15 RM.

Der Arbeitslose wurde zunächst mit seinem Antrag auf Arbeitslosenunterstützung so weit abgewiesen, daß ihm nur die Unterstützung für einen Tag zugesprochen wurde. Nach Anrufung des Spruchausschusses wurde die Entscheidung des Vorsitzenden des Arbeitsamts Güstrow dahingehend geändert, daß der Arbeitslose die Unterstützung für drei Tage erhalten sollte. Hiergegen ist ebenfalls Berufung eingelegt worden, unter besonderen Hinweis darauf, daß die Entscheidung des Spruchsenats vom 4. Dezember 1931 — veröffentlicht im Reichsarbeitsblatt 1932, Nr. 3, Teil IV, S. 41 und 45, unter 4271 — zugunsten des Arbeitslosen spricht. In der Einleitung dieser Entscheidung heißt es:

„Für die Frage, ob im Sinne von § 89a Abs. 1 AVAVG, der Arbeitslose den gemeinsamen Lebensunterhalt miterwerben kann, ist nicht schlechthin entscheidend, ob der Betrieb gerade während der Dauer der Arbeitslosigkeit einen Ertrag abwirft, der unmittelbar durch die Tätigkeit des Arbeitslosen erzielt wird, sondern maßgebend ist, ob der Betrieb während des ganzen Wirtschaftsjahres erzielte Ertrag auch während der Dauer der Arbeitslosigkeit zur Bestreitung des Lebensunterhalts der Arbeitskräfte verwendet zu werden pflegt.“

Noch deutlicher spricht die Begründung mit den Worten:

Kurzarbeiter und Bürgersteuer

Wenn von Kurzarbeitern die Frage erhoben wird, ob auch sie Bürgersteuer zu zahlen haben bzw. die Gemeinden überhaupt berechtigt sind, von ihnen Bürgersteuer zu verlangen, so hat dies durchaus seine Berechtigung.

Muß nun tatsächlich der Kurzarbeiter Bürgersteuer entrichten?

Da sei einmal auf die Bestimmung aufmerksam gemacht, welche vorschreibt, daß von der Entrichtung der Bürgersteuer alle diejenigen Personen ausgenommen sind, deren gesamte Jahreseinkünfte 500 RM nicht übersteigen.

Für die Berechnung der Jahreseinkünfte sind die Verhältnisse am jeweiligen Fälligkeitstage der Bürgersteuer maßgebend.

Es darf hier als bekannt vorausgesetzt werden, daß die Bürgersteuer vor allem von den Lohnsteuerpflichtigen nicht auf einmal, sondern an mehreren Terminen zu entrichten ist.

Hinsichtlich des Arbeitslohns ist zur Berechnung der gesamten Jahreseinkünfte von dem Lohn auszugehen, der bei der nächsten auf die Fälligkeit folgenden Lohnzahlung zu zahlen ist. Es wird hier angenommen, daß dieser Lohn dann in der gleichen Höhe während des ganzen Kalenderjahres 1932 fortbestehen werde.

Ergibt sich nun am jeweiligen Fälligkeitstag, daß Jahreseinkünfte von 500 RM nicht in Frage kommen, dann besteht die Verpflichtung zur Zahlung der Bürgersteuer nicht.

Maßgebend ist also nicht der erste Fälligkeitstermin, sondern der jeweilige Fälligkeitstermin.

Sind z. B. sechs Fälligkeitstermine festgesetzt, so kann es vorkommen, daß an vier Terminen keine Bürgersteuer zu entrichten ist, während sie an zwei Terminen gezahlt werden muß. Dies trifft dann zu, wenn an vier Terminen jeweils der Lohn so niedrig war, daß dieser mit 52 Wochen vervielfältigt keine 500 RM ergeben haben würde, und an zwei Terminen eben so hoch war, daß bei einer abermaligen Zugrundelegung von 52 Wochen der Betrag von 500 RM überschritten wurde.

Ob die Bürgersteuer an den jeweiligen Fälligkeitsterminen zu zahlen oder nicht zu zahlen ist, kann am besten an folgendem festgestellt werden:

Beträgt der Lohn für volle Monate bis 42 RM, für volle 14 Tage bis 20 RM, für volle Wochen bis 10 RM und für volle Arbeitstage bis 1,70 RM, dann kommt eine Bürgersteuer nicht in Frage.

Handbuch der Rationalisierung

Das Wort Rationalisierung hat innerhalb der Arbeiterschaft keinen guten Klang. Das ist auch kein Wunder; denn die Rationalisierung vieler Unternehmer setzte Tausende von Arbeitern frei, brachte sie um ihren Arbeitsplatz und haute mit Vernunft wenig zu tun. Mit dieser Pseudo-Rationalisierung will auch das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (RKW) nichts zu tun haben. Es sagt ausdrücklich in seinem Handbuch: Zu der falschen Rationalisierung gehören „zu starke Mechanisierung ohne Berücksichtigung der Absatzmöglichkeiten, diese Kapazitätserhöhungen sehen einer Rationalisierung sehr ähnlich, sind jedoch Pseudo-Rationalisierung, weil sie die kommerzielle und volkswirtschaftliche Seite nicht berücksichtigen usw.“

Schon die besondere Aufmerksamkeit, die das RKW dem Kapitel „Mensch und Rationalisierung“ widmet, zeugt davon, daß es dieser Stelle nicht darum zu tun ist, nur die Rationalisierung anzuregen, ohne Rücksicht auf den Menschen, auf den Arbeiter.

In der kürzlich herausgegebenen dritten Auflage des „Handbuches der Rationalisierung“ ist das große und vielseitige Gebiet der Rationalisierung ganz anders behandelt als vielfach die Unternehmer die Rationalisierung betrachten. Das ist wesentlich. Deshalb tut auch die Arbeiterschaft gut, wenn sie nicht alles, was Rationalisierung heißt, mißachtet oder gar ablehnt. Das „Handbuch der Rationalisierung“ ist sogar dazu angefaßt, daß es Gewerkschaftsfunktionäre und besonders Gewerkschaftsführer zur Hand nehmen und durchsehen; denn es enthält nicht nur für Wirtschafts- und Sozialpolitiker, Wissenschaftler und Schulmänner, sondern auch für die Stoffgebiete.

„Jedoch ist die Versagung der Arbeitslosenunterstützung nach § 89a Abs. 1 AVAVG, nur gerechtfertigt, wenn der Ertrag des Betriebes zur Bestreitung des gemeinsamen Lebensunterhalts für alle Arbeitskräfte hinreicht und also auch der Lebensunterhalt des Arbeitslosen mitgedeckt wird. Für die Frage, ob dies der Fall ist, ist aber nicht schlechthin der Ertrag zugrunde zu legen, den der Betrieb gerade während der Dauer der Arbeitslosigkeit abwirft.“

Besonders in der zuletzt aufgeführten Begründung wird hervorgehoben, daß es darauf ankommt, ob der Betrieb soviel abwirft, daß der Arbeitslose davon miternährt werden kann, wenn er ohne Arbeit ist.

Niemand wird behaupten wollen, daß eine so kleine Büdnerei sieben Personen ernähren kann, besonders während der Wintermonate. Sollte es doch bejaht werden, dann gibt es eine Logik mit doppeltem Boden, d. h., dann stimmt alles nicht, was von der großen Not der Landwirtschaft behauptet wird. Daß dieser Betrieb aber nicht soviel Personen erhalten kann, beweist, daß der Arbeitslose immer in der ethnischen Industrie gearbeitet hat, um seine Familie ernähren zu können.

Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß die betreffenden Instanzen im Landesarbeitsamt Nordmark die diese Richtlinien festgelegt haben, dieselben nicht so engherzig ausgelegt haben wollen. — Richtlinien sind sehr gut; sie werden aber den Arbeitslosen zum Verhängnis, wenn man sich allzusehr an sie klammert.

Der Arbeitgeber kann also die jeweilige Rate an Bürgersteuer nicht einbehalten, wenn der Lohn des Arbeitnehmers bei der maßgebenden Lohnzahlung die obengenannten Beträge nicht übersteigt.

Es ist nunmehr ohne weiteres klar, daß Kurzarbeiter, die unter jenen Beträgen bleiben, also die Einkommensgrenze von 500 RM im Jahr nicht überschreiten, von der Entrichtung der Bürgersteuer befreit sind.

Außerdem ist noch folgende Vergünstigung zu beachten: Wenn auch nicht ganz, so wird doch der Satz der Bürgersteuer um die Hälfte ermäßigt, wenn Einkommenssteuerfreiheit im Sinne der Bürgersteuer vorliegt.

Einkommenssteuerfreiheit für den Lohnempfänger liegt vor, wenn er keine Lohnsteuer zu entrichten hat.

Es ergibt sich daraus ohne weiteres, daß Kurzarbeiter, die an Lohn innerhalb der lohnsteuerfreien Summe bleiben — die lohnsteuerfreie Summe ist für jeden Arbeitnehmer auf Grund der Zahl der Angehörigen und der evtl. Sonderermäßigungen verschieden — nur die Hälfte der festgesetzten Bürgersteuer zu zahlen haben.

Vorsteher wird davon gesprochen, daß Einkommenssteuerfreiheit vorliegt, wenn der Arbeitnehmer keine Lohnsteuer zu entrichten hat. Die Ermäßigung für die Bürgersteuer tritt aber nicht schon ein, wenn etwa am Fälligkeitstag der Bürgersteuer der Arbeitnehmer keine Lohnsteuer zu zahlen hat, sondern nur dann, wenn er im Jahre 1930 lohnsteuerfrei gewesen war. Maßgebend ist also nicht der augenblickliche Zeitraum, sondern, wie gesagt, das Jahr 1930.

Also: Kurzarbeiter, die augenblicklich wegen ihres geringen Verdienstes keine Lohnsteuer zu entrichten haben, müssen trotzdem die volle Bürgersteuer zahlen, wenn sie nicht im Jahre 1930 lohnsteuerfrei waren.

Zur Zeit schweben allerdings Verhandlungen, um den Kurzarbeitern, die jetzt auf Grund ihres geringeren Verdienstes lohnsteuerfrei sind, ebenfalls Erleichterungen zuteil werden zu lassen.

Besteht nun auch die Bürgersteuerpflicht für die nichtarbeitende Ehefrau, wenn das jährliche Einkommen des Mannes unter 500,— Reichsmark bleibt? Die Bürgersteuerpflicht der Ehefrau ist in den Fällen, in denen der Ehemann von der Bürgersteuer befreit ist, nicht gegeben.

Stellt sich heraus, daß zuviel an Bürgersteuer entrichtet ist, werden die zuviel entrichteten Beträge erstattet. Lorenz Popp.

§ 89a AVAG.

und die dazu vom Landesarbeitsamt Nordmark festgelegten Richtlinien

Der § 89a hat schon recht häufig die Spruchausschüsse, Spruchkammern und den Spruchsenat beschäftigt. Mit diesem Paragraphen soll verhütet werden, daß Arbeitslose, die im Besitz einer Landwirtschaft sind, nicht neben ihren Einnahmen aus der Landwirtschaft noch Arbeitslosenunterstützung beziehen. Dieser Paragraph soll besonders verhüten, daß in der Industrie beschäftigt gewesene ledige Arbeitslose, die während ihrer Arbeitslosenzeit im Hause der Eltern wohnen, die Landwirtschaft betreiben, und die dadurch die Möglichkeit haben, sich während der Arbeitslosenzeit bei den Eltern zu betätigen, um die Unterhaltungskosten zu verdienen, nicht auch noch Arbeitslosenunterstützung beziehen.

§ 89a lautet:

1. Arbeitslos ist, wer bernerhmäßig überwiegend als Arbeitnehmer tätig zu sein pflegt, aber vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht und auch nicht den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit, insbesondere als Landwirt oder Gewerbetreibender, erwirbt oder durch Fortführung eines vorhandenen Betriebes des Ehegatten, der Eltern oder Voreltern oder von Abkömmlingen den gemeinsamen Lebensunterhalt miterwirbt oder miterwerben kann, falls dies den Beteiligten nach Lage der Verhältnisse billigerweise zugemutet werden kann; das ist insbesondere anzunehmen, wenn die Beteiligten in häuslicher Gemeinschaft miteinander leben.
2. Für die Frage, ob Arbeitslosigkeit vorliegt, bleiben vorübergehende Dienstleistungen, die auf Grund des § 168 der Reichsversicherungsordnung nicht der Pflicht zur Krankenversicherung unterliegen, außer Betracht. Geringfügige Beschäftigungen im Sinne des § 7a Abs. 2 kommen nur in Betracht, soweit sie der Pflicht zur Arbeitslosenversicherung unterliegen.
- 2a) Darüber, unter welchen Voraussetzungen anzunehmen ist, daß jemand den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit erwirbt oder erwerben kann, oder im Betrieb eines Angehörigen

miterwirbt oder miterwerben kann, hat der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts oder mit seiner Zustimmung der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes Richtlinien aufzustellen, im Beschwerdeverfahren (§§ 188, 190) kann der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes oder der Vorstand der Reichsanstalt die Richtlinien aufstellen; in den Richtlinien ist insbesondere zu regeln, in welchem Umfange Unterstützung zu gewähren ist, wenn die Betätigung oder die Betätigungsmöglichkeit den Arbeitslosen ständig oder zeitweilig nicht voll in Anspruch nimmt oder ihr Ertrag den erforderlichen Lebensunterhalt nur teilweise deckt.

3. Inhaber von Wandergewerbescheinen sind in keinem Fall als arbeitslos anzusehen.

Es heißt also im Abs. 2a ausdrücklich: Der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes kann Richtlinien aufstellen. Diese Richtlinien werden unseren Arbeitslosen aber nur allzuoft nicht zugunsten, weil sie nicht wissen, wie sie diesen im Innern gegenüberstellen sollen. Die Arbeitslosen, die ein bürgerliches Landwirtschaftsbetrieb betreiben, können sich nicht den Landesarbeitsämtern als Rechnungsführer, eines Buchhalters usw. leisten, wie die Herren aus der Landwirtschaft, auf der anderen Seite wird ihnen seitens der Arbeitsämter ganz genau berechnet, was ein solcher Betrieb abwerfen und daß er diese und jene Familienangehörigen miternähren kann. — Dafür ist folgender Fall außerst lehrreich:

Das Arbeitsamt Güstrow hatte einem Arbeitslosen, der in der chemischen Industrie gearbeitet hatte, auf Grund des § 89a die Arbeitslosenunterstützung versagt, weil er bei seinen Eltern wohnte, die eine kleine Büdnerei besitzen, mit 1500 Quadratrußen Acker, 400 Quadratrußen Wiesen (Eigentum), 750 Quadratrußen Acker, 350 Quadratrußen Wiesen (Pachtland) und einem Viehbestand von zwei Pferden, drei Kühen, ein Jungvieh und Hühnern. Der Antragsteller hat eine Frau und drei schulpflichtige Kinder. Seine Familie lebt ebenfalls mit



Einige Unfälle aus dem Bericht der Glas-Berufsgenossenschaft

Der Bericht der Glas-Berufsgenossenschaft vom Jahre 1930 wurde bereits in unserer Nr. 32 einer Betrachtung unterzogen, in der die wichtigsten Positionen behandelt wurden. Wenn heute noch einmal von dem Bericht die Rede ist, so deshalb, um auch der Kollegen-schaft von einigen darin behandelten Unfällen Mitteilung zu machen. Die Fälle mögen zur Warnung dienen, da die Arbeiter sehr oft nicht die so notwendige Vorsicht walten lassen. Um alle Glasarbeiter vor solchen Gefahren zu schützen, bringen wir den Vorfälle, so wie er im Bericht der Glasberufsgenossenschaft gegeben ist:

„Ein Vorfall, der zwei Todesopfer forderte, und bei dem die mutigen Retter in Lebensgefahr schwebten, ereignete sich in einem Großbetrieb. Das Ereignis ist ein Beispiel dafür, daß Arbeiter mit jahrelangen Erfahrungen die Gefahren des Kohlenoxydes oft mißachten und dadurch sich und die ihnen zu Hilfe eilenden Kameraden in den Tod stürzen. Der Betrieb berichtet über den Hergang in so anschaulicher Weise, daß der Wortlaut ohne Änderung hier wiedergegeben werden soll:

„Bei Prüfung einer Aenderungsmöglichkeit eines gegenwärtig stillliegenden Gaszuführungs Kanals eines Kühlturms ereignete sich am Montag, dem 10. November 1930, kurz nach Mittag ein außergewöhnlicher Betriebsunfall, dem der Ofenpolier W. sowie der Ofenmaurer L. zum Opfer fielen.

W. war in den seit etwa 8 Wochen stillliegenden, unter seiner eigenen Aufsicht vor-schriftsmäßig abgemauerten Kanal hinabge-stiegen — der Vorschritt zuwider ohne Mit-nahme der hierzu zur Verfügung stehenden Gasmasken —, während sich der Maurer L. an der Einsteigöffnung des Kanals als Sicher-heits-Person aufhielt.

Vor Einstieg hat W. vorsichtshalber ein zweites Loch geöffnet, um den Abzug evtl. im Kanal befindlicher Gase herbeizuführen. Obwohl W. diese Arbeit in seiner jahrzehnt-langen Tätigkeit bei uns schon unzählige Male ausgeführt hat, wird er vermutlich zu früh in den Kanal hinabgestiegen und in eine offener-gashaltige Zone gelangt sein, die ihn betäubte. W. befand sich dabei erst etwa einen halben Meter vom Einsteigloch entfernt. Durch die Betäubung ist er zu Boden und mit dem Gesicht in die am Kanalboden angesammelten Terrereste gefallen.

Die Sicherheits-Person in Gestalt des Maurers L. hat die Bewusstlosigkeit des W. sofort nach Eintritt erkannt und unverzüglich Hilfe herbeigerufen. Als erster hat sich dann L. mit der Bergung des bewußtlos gewordenen Poliers beschäftigt, wobei er gleichfalls von den Gasen betäubt worden sein muß. Auf dem Boden des Kanals angelangt, ist L. in sich zu-sammengesunken; bei der Bergung wurde er am Fußende der Leiter in kauender Stellung vorgefunden.

Der sich in dichter Nähe der Unglücksstätte aufhaltende Einleger M. hat die vorangegan-genen Hilferufe des Maurers L. zuerst ver-nommen und ließ sofort die Sanitäts-Station sowie die Rettungsmannschaften alarmieren, welche mit den Degea-CO-Masken und dem Sauerstoff-Pulmotor auch ohne Verzug an der Unglücksstätte eintrafen.

Inzwischen versuchten die weiter zur Hilfe-leistung herbeigeilten Hüttenmeister H., Glasschleifer K., Glasmacher D., Schmiede-meister M. und Betriebsleiter B. die beiden Verunglückten zu bergen. Es gelang dem zu-erst weiter eingestiegenen Glasmacher D. je-doch nur die Bergung des L. D. selbst und

die übrigen hier Genannten — bis auf K. und M. — schieden weiterhin nacheinander durch Gaseinatmung und teilweise Betäubung für die weitere Hilfeleistung aus.

Von den sofort eingetroffenen mit Degea-CO-Masken ausgerüsteten weiteren Rettungs-mannschaften stieg dann der Schlosser G. ein und barg durch Umlegen eines Rettungsseiles auch den Ofenpolier W., den er wie eingangs beschrieben, am Boden liegend, etwa einen halben Meter vom Einsteigloch entfernt, vor-fand.

Die vom Betriebs-Sanitätsgelhilfen mit un-serem eigenen Sauerstoff-Pulmotor (mit zwei Anschlüssen) und zwei weiteren Sauerstoff-Inhalationsgeräten der Berufsfeuerwehr Fr. und der Arbeiter-Samariterkolonne Fr. unter Leitung der Herren Dr. M. und Dr. Q. bei W. und L. angestellten Wiederbelebungsversuche blieben nach fünfviertelstündiger Behandlung ohne Erfolg.“

Ein anderer Unfall ereignete sich beim Ab-transport fertiger Glaswaren dadurch, daß der Führer eines Lastautos auf einer abschüssigen Straße zu spät und zu stark bremste, so daß das Lastauto und der Anhängewagen um-stürzten, und alle drei Personen sehr schwere Verletzungen davontrugen.

In einer Gußglashütte entstand beim Schie-ben eines Eisenbahnwagens ein bedauerlicher Unfall, bei dem ein Arbeiter getötet, ein weiterer sehr schwer verletzt wurde. Sicher hätte dieser Unfall vermieden werden können, wenn die Betriebseinrichtung vollkommen in Ordnung gewesen wäre, und die beschäftigten Arbeiter die vorhandenen Gefahren erkannt hätten.

Wie gefährlich Flußsäure wirkt, zeigt fol-gender Unfall:

„Ein Glasmacher hatte mit Fehlern be-haftete Flaschen mit Flußsäure abzuwaschen. Diese war ihm als verdünnte Lösung in einer Hartgummiflasche übergeben worden. Als der Inhalt fast aufgebraucht war, goß der Glas-macher den Rest aus der Gummiflasche in eine Glasflasche, um in ersterer sich neue Aetz-flüssigkeit holen zu lassen. Nach gewisser Zeit öffnete er den Verschuß der Glasflasche.

Infolge von Gasentwicklung durch Zersetzung des Glases spritzte ihm die Säure ins Gesicht, wobei beide Augen und die rechte Gesichts-hälfte getroffen wurden. Ein in der Nähe arbeitender Anhefter wurde von Spritzern an der linken Hand getroffen und erheblich ver-brannt.“

In den alljährlich an alle Mitglieder zur Versendung kommenden Aushängen über „Warnende Beispiele von Unfallereignissen aus der Glasindustrie“ ist stets auf die Nicht-verwendung von Glasflaschen für Flußsäure hingewiesen worden.

Ein Schleifer wollte Rostflecke aus Flaschen mittels Schwefelsäure entfernen. Diese war ihm vom Glasbeschauer in einer Glasflasche übergeben worden mit der Weisung, die Säure vor dem Gebrauch zu verdünnen. Anstatt nun die Säure tropfenweise einer gewissen Wasser-menge zuzuführen, goß der Schleifer Wasser in die Schwefelsäure. Hierbei tritt so plötz-liche Erhitzung der Flüssigkeit ein, daß ein Zerspringen des Glasgefäßes die Folge sein muß. So geschah es auch hier. Durch her-umspritzende Säure erlitt der Schleifer Ver-ätzungen an beiden Augen. Zur Herstellung verdünnter Säure ist diese stets tropfenweise dem Wasser zuzusetzen; Wasser in Säure zu gießen, ist äußerst gefährlich.

Die übrigen Unfälle sind in dem Bericht nicht besonders behandelt worden, und wir können darauf leider nicht eingehen.

Der Bericht der Glasberufsgenossenschaft zeigt uns aber, daß die Zahl der Berufs-erkrankten, besonders der Star-Erkrankten, erheblich hoch ist, und die Zahl der Unfälle in der Glasindustrie die Höhe von 5079 er-reicht hat. So segensreich die Sozialversiche-rung auch wirken mag, ist es doch unsere ge-meinsame Pflicht, immer wieder auf alle Ge-fahren aufmerksam zu machen, um die Zahl der Unfälle auf das denkbar niedrigste Maß herabzudrücken. Auch in der gegenwärtig so trüben Zeit darf das Lebensglück und die Lebensfreude nicht unterbunden werden. Sie kann erhöht werden, wenn uns gemeinsames Handeln bei der Vermeidung der Unfall-gefahren eint.

Beschäftigungslage

Die im letzten Bericht geschilderte trostlose Lage in der Hohlglasindustrie hielt weiterhin an. Es kam noch erschwerend hinzu, daß auch Frankreich zur Kontingentierung der Glaseinfuhr schritt. Es fanden infolgedessen weitere Betriebs Einschränkungen statt. Die Geschäftslage der Spiegelglasindustrie war schlecht. Das gleiche gilt von der Fluschen-industrie. Der Bedarf des Inlandes und des Auslandes ist gleichermaßen gering.

In Württemberg ist das Inlandsgeschäft in grünen Glasflaschen gegenüber dem Vor-monat wohl infolge des Weihnachtsumsatzes besser geworden. Dagegen hat das Auslands-geschäft aufgehört. Der Auftragsseignis in der Glasbiererei, Glasschleiferi und Glasschilderherstellung hat seit Mitte Dezember wieder stark nachgelassen, so daß mit Entlassungen gerechnet werden muß. Auch im Auslandsgeschäft ist ein merkbarer Rückgang zu verspüren. Der starke Wett-bewerb verursacht Preisunterbietungen.

Lauscha

Wie katastrophal die Industriegemeinden von der Krise betroffen werden und wie schwer die Wohlfahrtslasten ihre Etats beeinträchtigen, lassen einige Zahlen erkennen, die von der Ge-meindeverwaltung Lauscha zusammengestellt und in einer Gemeinderatssitzung vom Bürger-meister bekanntgegeben wurden. Danach betrug die Rückwärtsbewegung der Einnahmen: Gas-abgabe an Lauscha 1927: 2.200.000 ehm; 1931: 1.300.000 ehm; das bedeutet eine Minderein-nahme von 28.000 RM im letzten Jahr gegen früher. Während 1928 noch 650 hl Bier monat-lich versteuert worden sind, waren es im De-zenber 1931 nur noch 370 hl. Die Einkommen-steuer betrug 1924 50.000 RM, 1931 noch 6000 Reichsmark, die Umsatzsteuer in den besten Jahren 1926/27 je 22.500 RM, 1931 nur noch 2900 RM (kein Druckfehler!), die Grundsteuer ging von 11.300 RM im Jahre 1927 auf 5400 RM im Jahre 1931 zurück, die Gewerbe-steuer von 14.000 RM im Jahre 1928 auf 5900 RM im Jahre 1931. Aehnlich brachte die Mietsteuer 1927 35.000 RM und im Jahre 1931 nur 6900 RM, während die Vergnügungssteuer von 7300 RM auf 2600 RM zurückging. Die Gesamtverminderung der Steuereinnahmen be-trägt danach seit 1924 111.600 RM. Demgegen-über steht ein Anwachsen der Wohlfahrtsaus-gaben von 32.500 RM (1925) auf 191.800 RM (1931).

Da die Wohlfahrtsausgaben als vordringlich bis jetzt bezahlt worden sind, ergaben sich als Rückstände: Zins- und Tilgungsrückstände, kurzfristiger Kredit, unbezahlte Rechnungen usw. in der Höhe von zusammen über 112.000 Reichsmark.

Diese trockenen aber inhaltreichen Zahlen zeigen Schreckensbildern gleich die furcht-barsten Krisenauswirkungen auf eine Gemeinde, in der fast nur die Christbaumschmuckindustrie als Erwerbsquelle dominiert.

Meißen

In den letzten Wochen haben sich bei der Fa. Glasfabrik A.-G. Brockwitz, und bei unserer dortigen Betriebsvertretung die Nachfragen nach Arbeit von Kollegen aller Sparten der Hohlglasbranche derartig gehäuft, daß es uns notwendig erscheint, un-sere Kollegen im Reich auf diesem Wege auf die Unmöglichkeit, in Brockwitz Arbeit er-halten zu können, aufmerksam zu machen.

Im hiesigen Bezirk sind noch eine große Anzahl erwerbsloser Glasmacherkollegen vor-handen, die naturgemäß erst untergebracht werden müssen, bevor auswärtige Kollegen berücksichtigt werden können.

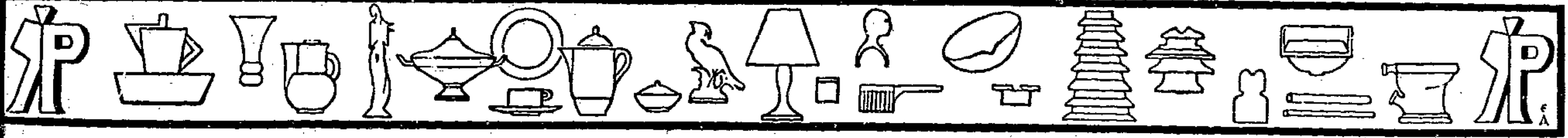
Die Zentralbranchenleitung.

Produktionspause in der Fieber-thermometerbranche

In Thüringen, dem Mutterlande der Fieber-thermometer-Industrie, wehren sich die Glas-bläser dieses Berufszweiges, Heimarbeiter und Betriebsinhaber, mit Entschiedenheit gegen ihre Verklagung. Der Vorstand der Hersteller, zu-meist aus Kleinbetriebsinhabern und Heim-arbeitern bestehend, beschloß in seiner über-großen Mehrheit, die Produktion bis auf weite-res einzustellen. Gründe und Ursachen des Beschlusses waren vor allem die jämmerlichen Preise, die seit 1924 den tiefsten Stand er-reicht haben. Auch die Verhandlungen mit den Rohmateriallieferanten sowie mit den staatlichen Prüfstellen wegen Verbilligung der Gestehungskosten scheiterten. Nun ruhen die Blasebälge. In Geraberg hat man sie zum größten Teil abgegeben, damit der Kampf-leitung die Kontrolle erleichtert wird, das trifft auch für die übrigen in Betracht kom-menden Orte zu; denn unsere Heimarbeiter-kollegen sind sehr eifertig auf das bißchen Müddeln und könnten sich nicht sehr lange von ihrer Tretmühle trennen wie beispiels-weise die Gehilfen.

Den organisierten Gehilfen liegt nun die Pflicht ob, strengste Solidarität zu üben, das heißt, vor allen Dingen den gegenwärtigen Tariflohn von 31,44 RM pro Woche zu ver-langen. Gewiß, der größte Teil der Gehilfen ist schuldlos an der Verschleppung unserer Tarife. Auch ist es bitter für uns, heute fest-stellen zu müssen, daß während unserer großen Feierschicht 1930—1931 viele Millionen Stück Thermometer angeliefert wurden; es sind mehr als 5 Millionen Stück gewesen. Aber wäre es nun richtig, mit unseren Heim-arbeiterkollegen zu streiten, wer der Schuldige ist? — Nein. Schuldig ist das System, die Zwerghandindustrie, die Heimarbeit in den engen Wohnstätten und unkontrollierbaren Winkeln. Drum gilt es, immer wieder aufzurütteln, zu werben und zu organisieren und zur steten Mitarbeit an der Aenderung der Dinge anzu-fachen. Drum Fieberthermometermacher, wacht auf, bringt den letzten Mann in die Or-ganisation, dann werden die Fehler und Mängel bis auf ein Mindestmaß beseitigt.

Sch., Goraborg.



Die bayerische Porzellanindustrie und ihre Arbeiterschaft

Trotz all der geschilderten Lebenserschwe-renden Umstände lassen sich die Porzelliner, wenn sie voll arbeiten können, den Lebensmut und den Humor nicht nehmen. Sie sind geistig regsam, humorbegabte und geselligkeits-liebende Menschen. Sie wissen aber auch Disziplin zu halten und üben praktische ge-werkschaftliche Solidarität im Keramischen Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrik-arbeiter Deutschlands. Die Personale der Facharbeiter sind die traditionshaltenden Vereinigungen, aus denen sich ehemals die gewerkschaftlichen Organisationen entwickel-ten. Die Personale halten die beruflichen Ueberlieferungen aufrecht; sie haben eigene Leitungen, eigene Kassen, pflegen den Zu-sammenhalt und die Geselligkeit und retteten so manche Berufsgewohnheiten und Freiheiten aus früherer Zeit; so werden noch heute von manchen Personalen Waldfeste gefeiert und mancher Jux und Uk dabei getrieben. Die ge-lernten Porzellanarbeiter sind auch wander-lustig und selbst liebe, bei der beschrän-tenen Freizügigkeit, geht mancher Porzellan-er noch auf Reisen. Früher war das Auf-die-Walze-gehen für Facharbeiter fast die Regel. Die meisten Facharbeiterpersonale in den bayeri-schen Porzellanfabriken sind landsmannschaft-lich sehr gemischt. Da sitzen Bayern, Schlei-sier, Sachsen, Thüringer, Rheinländer und Deutsch-Böhmen in trauter Gemeinschaft bei-sammen. Ich kenne alte Fahrensbrüder, die in

20 bis 30 Fabriken gearbeitet haben. Einen sogar, der in 54 Fabriken tätig war. Ein großer Teil von ihnen sind Handwerkskünstler in ihrem Fach, und sie kennen nicht nur die deutsche Porzellanindustrieorte, sondern fast alle europäischen Staaten. Nebenbei betä-tigen sie sich als Artisten, Musiker, Sänger und lustige Gesellen. Heute ist das nur noch in sehr geringem Maße der Fall.

Eine kleine Episode möchte ich dazu er-zählen:

Ich kann mich unter andern eines Kollegen erinnern, der sehr viel Wert auf nobles Auf-treten und schönes Aeußere legte. Er ging im Frackanzug, sauberer Kragenwäsche, Man-schetten und mit dem Spazierstock zur Arbeit. Wir jungen, erst ausgeleiteten, noch nicht zunü-mäßigen Maler waren neidisch auf ihn. Eines Montags machte das Personal blau — Blau-machen war eine alte, eingewurzelte Sitte — und bei dieser Gelegenheit wurde in Hemds-ärmeln kegelt. Unser „Graf“ ging auch mit und mußte tüchtig schwitzen, weil er seinen Frack nicht ablegte und es heiß war. Endlich, auf langes Zureden, ließ er sich doch dazu herbei, und siehe da — unser feiner Kollege hatte kein Hemd an. Aehnliche Erlebnisse könnte ich mehr beifügen. Aber das eine mag genügen.

Man kann sagen, die ortsfremden Porzellan-arbeiter waren in den 1890er und 1900er Jah-ren, in einer Zeit, in der die neueren baye-

rischen Porzellanfabriken errichtet und die älteren vergrößert wurden, die belebenden Elemente im Porzellanindustrieregion. Ihr soziales Wirken, ihre organisatorische Tätig-keit, ihre Vorträge und Versammlungen be-fruchteten das gesellschaftliche und geistige Leben in den sonst stillen Ortschaften außer-ordentlich. Fast jede Zahlstelle der Porzellan-arbeiter besitzt eine Bücherei. Die Veranstal-tungen der Porzellanarbeitervereinigungen be-wegen sich stets auf einer gewissen gesell-schaftlichen Höhe. Die freiorganisierte Por-zellanarbeiterschaft leistet in ihren Gemeinden vielfach eine vorbildliche, sittenveredelnde Auf-klärungsarbeit.

Von den im Jahre 1923 vorhandenen 25.400 Porzellanarbeitern und -arbeiterinnen waren 17.000 organisiert; 14.600 gehörten dem Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands, 1400 anderen freien Gewerkschaften und über 1000 den christlichen Gewerkschaften als Mit-glieder an. An diesem Verhältnis änderte sich wohl kaum etwas. In den Porzellanfabriken, wo freie Gewerkschafter das Gesellschaftsleben mit beeinflussen, sind in normalen Zeiten Rau-ferien, Racheakte, wüste Saufereien, Familien-streitigkeiten, Meineidsdelikte und ähnliches sehr seltene Vorkommnisse. Es ist Tatsache, daß die Gewerkschaften nicht nur ackeremens-werte soziale, sondern auch große kulturelle Leistungen für das allgemeine Volkwohl voll-brachten. Die Gewerkschaftsorganisationen

vertreten also nicht nur die Arbeiterschaft im Wirtschaftskampf, sie sichern nicht nur die in Gesetzen und Verträgen niedergelegten Ar-beiterrechte und treten für deren Erweiterung ein, sondern sie führen auch die arbeitenden Menschen aus eigener Kraft heraus aus den Niederungen gesellschaftlichen Seins und Un-terdrückung zu den lichtereren Höhen freien Menschenjtums.

Nun zum Schluß noch einige Bemerkungen über die Krisenwirkungen in der bayerischen Porzellanindustrie. Absatz und Beschäftigung gingen stark zurück. Einige Zahlen mögen das dartun. Von 100 Mitgliedern des Kerami-schen Bundes, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, sind gegenwärtig in Bayern 18,9 v. H. arbeitslos und 45,5 v. H. arbeiten kurz. Im Jahresdurchschnitt 1930 waren es 10,2 v. H. Arbeitslose und 28,8 v. H. Kurzarbeiter. Diese paar nüchternen Zahlen drücken ein ungeheuer großes Arbeiterelend aus und geben ein Bild von einem Industrie-zweig, wo es schlimmer wohl kaum gezeich-net werden kann. Zur weiteren Ergänzung will ich nur noch einige Krisenauswirkungen auf die Porzellanstadt Selb erwähnen. In Selb nahm die Beschäftigtenzahl im Jahre 1930 um 700 ab. Von den 2053 organisierten Porzellan-arbeitern und -arbeiterinnen waren im ersten Vierteljahr 1930 63 arbeitslos, 696 arbeiteten nur 9 bis 16 Stunden und 159 17 bis 21 Stun-den in der Woche; der übriggeliebende Rest arbeitete voll. Am Ende des Jahres hatten 258 von 1990 Verbandsmitgliedern keine Ar-beit mehr; 1516 arbeiteten 17 bis 21 Stunden

(Schluß.)

und nur 89 über 25 Stunden. Die Arbeitsmarktlage hat sich inzwischen nicht gebessert. Diese wenigen Zahlen spiegeln die traurige Lage der Porzellanarbeiter und die völlig ungenügenden Beschäftigungsverhältnisse in der in erschreckendem Maße wieder. Infolge dieses Umstandes leistete allein der Verband der Fabrikarbeiter im Jahre 1930 eine Sozialunterstützung in Höhe von 74 730 RM an arbeitslose, kranke, invalide und in Not befindliche Mitglieder. In diesen Menschennot lindern den Leistungen ist eine aus eigener Kraft geleistete soziale Tat von höchstem Ausmaß

Porzellan oder Ersatzstoffe?

Die deutsche Porzellan-Industrie hat zur Poststellung der Eignung und Verwendung der Ersatzstoffe für Gebrauchsgefäße bei der Deutschen Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie in München Untersuchungen anstellen lassen, deren Ergebnis in nachstehendem kurzen Bericht der Herron Prof. Dr. med. et phil. Fischler und Dr. Schwaibold von der Deutschen Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie, München, über „Die Bourtoilung der Eignung der Kunststoffe für Gebrauchsgefäße“ zusammengefaßt ist. Als besonders interessant verdient die Tatsache hervorgehoben zu werden, daß die monatelangen Untersuchungen zu dem Ergebnis geführt haben, daß die untersuchten Kunststoffe Festellan, Resopal und Taumalit vorläufig nicht als geeignetes Material für Gebrauchsgefäße anzusehen sind und in keiner Weise das Porzellan, welches auf Grund seiner hervorragenden Eigenschaften als Gebrauchsgerät im Haushalt und in der Wirtschaft nach wie vor Verwendung findet, vollwertig ersetzen können.

Die genannten Wissenschaftler stellen fest: „Nach den angestellten Versuchen zur Beurteilung der Kunststoffe Festellan, Resopal und auch Taumalit dürften diese als einzigen Vorteil gegenüber gleichen Gebrauchsgefäßen aus Porzellan und anderen keramischen Massen die gute Schlagbruchfestigkeit aufweisen, die sie besitzen.“

In allen anderen Eigenschaften haben sie aber mit keramischen Produkten nichts gemein und stehen diesen bei dem in Frage kommenden Anwendungszweck weit nach.

Es gilt dies einmal von der Härte, die nicht annähernd an die des Porzellans herankommt. Ferner gilt dies von der Art der Oberfläche, die, wie aus den mikroskopischen Aufnahmen neuer gebrauchsfertiger Stücke hervorgeht, bei keinem der Kunststoffe glatt ist, sondern mehr oder minder starke Rauigkeiten und Vertiefungen aufweist. Dieser Mangel wird aber noch erheblich dadurch verschärft, daß

enthalten. Die sozialen Wohlfahrtsausgaben der Stadt Selb hatten im Haushaltsjahr 1930-31 eine Höhe von 268 400 RM.

Die bayerische Porzellanarbeiterschaft erhofft eine recht baldige Besserung der gesamten Wirtschaftsverhältnisse, damit sich ihr beklagenswertes Los wieder etwas günstiger gestaltet. Wer dazu beitragen kann, mehr Porzellan zu kaufen und den Porzellanverbrauch pro Kopf zu erhöhen, der möge das tun; der bayerischen Porzellanarbeiterschaft und der bayerischen Porzellanindustrie wäre damit sehr geholfen.

selbst geringe Gebrauchseinwirkungen, wie kurzes Putzen mit Reinigungsmitteln oder nur einmalige Anwendung einer ziemlich stumpfen Gabel, wie die mikroskopischen Oberflächen-aufnahmen danach ergeben, eine sofort sichtbare erhebliche Vergrößerung der Oberflächenrauigkeiten und Entstehung von Vertiefungen ergeben.

Die schwierigeren Reinigung und die damit wachsende Gefahr des Haftens von Speiseresten mit der Möglichkeit nachfolgender bakterieller Zersetzung und den daraus sich ergebenden Gefahren für die Gesundheit müssen besonders betont werden.

Dazu kommt aber ferner noch die Möglichkeit der Zersetzung der Kunststoffe durch verhältnismäßig geringe, im täglichen Gebrauch jederzeit mögliche Einflüsse, wie Einwirkung von Hitze oder von heißen Speisen und Getränken. Ja schon in kaltem destilliertem Wasser trat nach relativ kurzer Zeit bei Festellan und Taumalit eine Abspaltung von Ammoniak auf. Nach längerem Stehen konnte Ammoniak quantitativ nachgewiesen werden. Das weist mit Sicherheit auf eine Zersetzung der Kunststoffe hin. Dementprechend ergaben Geschmackproben, daß heißer Kaffee in Taumalit- und Festellan-Gefäßen in seinem Geschmack deutlich unangenehm beeinflusst wird. Heiße Dämpfe aus Festellan-Gefäßen hatten überdies einen starken phenolartigen Geruch.

Die Möglichkeit des Übergangs gesundheitsstörender Stoffe ist damit gegeben. Unter diesen Gesichtspunkten angestellte Fütterungsversuche von weißen Mäusen mit den feingepulverten Kunststoffen, die einer geeigneten Nahrung zugesetzt und völlig von den Tieren gefressen wurden, haben diese Annahme nach den bisherigen Beobachtungen nicht bestätigen können.

Wir kommen daher zu dem Schluß, daß die untersuchten Kunststoffe Resopal, Festellan und Taumalit vorläufig noch nicht als geeignetes Material für Gebrauchsgefäße anzusehen sind.“

Spart nicht bei Werksparkassen

Auch für die Porzellanarbeiter ist der Fall der Werksparkasse Borsigwerke in Berlin-Tegel lohnreich. Es handelt sich bei den Spargeldern um die enorme Summe von rund 3 Millionen Mark, die von den Arbeitern und Angestellten der Borsigwerke Tegel mühsam Groschen für Groschen gespart worden waren. Und nun ist das Geld verloren. Ob und wann die Arbeiter wieder etwas zurückbekommen werden, ist eine große Frage.

Auch in der Porzellanindustrie gab es findige Unternehmer, die solche Werksparkassen einrichteten und „ihre“ Arbeiter zum Sparen bei der Werksparkasse animierten. Vor Jahren war es die Firma Porzellanfabrik Gebr. Heubach in Lichte in Thüringen, die auch ihren Arbeitern Spargelder abnahm, sie verwaltete und Zinsen gab, woviel entzieht sich unserer Kenntnis.

Bei Lohnverhandlungen, als die Arbeiter Forderungen stellten, meldete sich prompt der Vertreter dieser Firma und bemerkte, die Arbeiter brauchen keine Zulage, denn sie können ja schon bei den jetzigen Verdiensten Ersparnisse machen.

Daß ihnen ihre Sparsamkeit so vergolten würde, hatten diese Arbeiter auch nicht geglaubt.

Die Gewerkschaften lehnen seit Jahr und Tag solche Werksparkassen ab und warnen davor. Werksparkassen sind Zwangsparkassen und wer in der Werksparkasse nicht spart, ist beim Unternehmer schlecht angeschrieben und steht meistens auf der Entlassungsliste. Die Werksparkassen dienen im Grunde keinem anderen Zweck, als das Unternehmerrisiko der Werkgemeinschaft zu züchten, die Arbeiter an die Betriebe zu ketten, und zugleich den Unternehmern auf billigste Art und Weise Betriebskapital zu verschaffen.

Die Porzellanarbeiter müssen solche Werksparkassen ablehnen. Nicht zuletzt deswegen, weil es häufig mit der Sicherheit der Werksparkassengelder schlecht bestellt ist.

Tettau

Von der Porzellanfabrik Tettau in Tettau heißt es, daß infolge des im abgelaufenen Geschäftsjahr eingetretenen Absatzrückgangs und eines größeren Ausfalls infolge einer Bankinsolvenz die Möglichkeit eines Dividendenausfalls besteht. (Im Vorjahr 10 Proz. Dividende.) Bekanntlich hat die Gesellschaft bei dem insolvent gewordenen Bankhaus Sarfert & Co. in Meerane etwa ein Viertel des in der letzten Bilanz mit 341 000 RM ausgewiesenen Guthabens stehen. Im Falle der Gründung einer geplanten Kreditgenossenschaft sei eine Einigung auf der Basis von 40 Proz. für die Gläubiger zu erwarten.

Thüringen

Der Beschäftigungsgrad der thüringischen Porzellanindustrie war im Berichtsmonat Januar bei fast allen Firmen der thüringischen Porzellanindustrie rückläufig. Besonders ungünstig lagen die Verhältnisse in der elektrotechnischen Porzellanindustrie, doch hatte auch die Geschirrporzellanindustrie und die Herstellung von Zier- und Kunstporzellan sehr zu leiden. Der Export ist gleichfalls weiterhin rückläufig, da die Aufnahmefähigkeit der ausländischen Märkte infolge der allgemeinen Valutaschwierigkeiten im ständigen Absinken begriffen ist. Auch die Preise sind weiterhin gedrückt geblieben. Irgendwelche Aussichten auf Besserung der Verhältnisse für die Zukunft sind im Augenblick nicht gegeben. (Thür. Statist. Landesamt, Weimar.)

Hof-Moschendorf

Die Porzellanfabrik Moschendorf A.-G. in Moschendorf wies im Geschäftsjahr 1930 noch einen Gewinn von 6343 RM gegen 11 500 RM im Jahr vorher aus. Die Gesellschaft arbeitet mit einem Aktienkapital von 300 000 RM. Was im Jahre 1931 erübrigt werden konnte, ist noch nicht bekanntgegeben worden.

Zuschußkasse deutscher Porzellanmaler

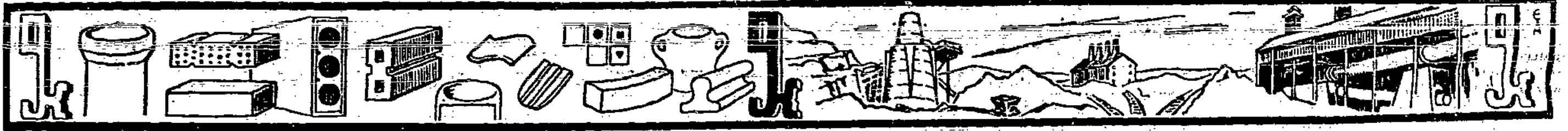
Kassenbericht pro 2. Halbjahr 1932. Einnahme. Beiträge und Eintrittsgelder . . . 5 490,00 RM Kapitalverkehr . . . 3 715,84 RM Bestand Endo 2. Quartal 1931 . . . 17 239,48 RM Summa: 26 445,32 RM

Ausgabe. Krankengeld . . . 5 643,00 RM Sterbegeld . . . 120,00 RM Kapitalverkehr . . . 3 554,64 RM Verwaltung der Zahlstellen . . . 354,21 RM Verwaltung der Hauptkasse . . . 220,06 RM Kassenbestand . . . 16 553,41 RM Summa: 26 445,32 RM

Jahresbilanz 1931. Einnahme . . . 19 841,61 RM Ausgabe . . . 19 966,36 RM Zuschuß: - 124,75 RM

Vermögens-Nachweis. Sparkassenbuch in der Kons.-Gen. 15 332,97 RM Aushilfe a. d. Zahlst. 1932 . . . 430,00 RM Postscheckkonto . . . 571,71 RM Barbekonten . . . 218,73 RM Summa: 16 553,41 RM

Mitgliederbestand 501. Waldenburg, 31. Januar 1932. Ad. Vor, Kassierer.



Zuviel Ziegeleien! Was nun?

Nachstehend bringen wir die Zuschrift eines Kollegen aus der Ziegelindustrie. Wir bitten unsere Verbandskollegen, insbesondere die Ziegelfabrikanten, zu den angeschnittenen Fragen Stellung zu nehmen und uns diese schriftlich mitzuteilen.

Viele Zieglerkollegen und insbesondere unsere lippischen Wanderziegler, für welche das rheinisch-westfälische Industriegebiet besonders als Arbeitsstelle in Frage kommt, werden sich wohl schon oft die Frage vorgelegt haben, ob sie in der kommenden Kampagne in ihrem Beruf wieder Arbeit und Brot finden werden. Nach den beiden letzten äußerst schlechten Kampagnen wäre es ja zu wünschen, wenn die nächste im Interesse der Ziegler besser würde, denn die Not und das Elend sind gerade groß genug. Trotzdem muß von vornherein betont werden, daß die Ansichten sehr schlecht sind. Die Ziegelindustrie befindet sich zur Zeit in einer Krise, welche nicht allein auf der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Lage beruht, sondern auch noch andere Ursachen hat.

Als zu Anfang des 19. Jahrhunderts der Bergbau einen Förderturm nach dem andern baute und hierzu aus allen Gauen Deutschlands Arbeiter heranzogte, was wiederum zum Bau von ganzen Stadtteilen führte, war der Bedarf an Ziegelsteinen sehr groß. An allen Ecken wurden Ziegeleien errichtet, welche auch damals gut florierten. Heute ist aber der Höhepunkt im Bergbau, und auch in der Schwerindustrie längst vorbei. Es ist ein Abstieg zu verzeichnen. Industriebauten werden infolgedessen überhaupt nicht errichtet, so daß die Ziegeleien fast nur noch für den Wohnungsbau produzieren können. Die damals errichteten Ziegeleien sind aber fast alle noch vorhanden und auch noch modernisiert worden, so daß noch eine Produktionssteigerung pro Betrieb erreicht wurde. Im Bezirk Essen und Gelsenkirchen, einem Wirtschaftsgebiet mit einer Million Einwohnern, waren 1923 noch 60 Ziegeleien vorhanden, welche in der Lage waren, rund 200 Millionen Ziegelsteine im Jahre herzustellen. Da der Bedarf aber nur 50 bis 60 Millionen bei einer einigermaßen guten Konjunktur beträgt, so kann man annehmen, welche gewaltige Überkapazität hier besteht. Selbst in den guten Jahren 1928/29 konnten die Betriebe nicht voll ausgenutzt werden. Hieraus kann man ersuchen, daß viel zu viel Betriebe vorhanden sind. Da nun aber kein Ziegeleibesitzer das Feld räumen will, so können die meisten Betriebe nur alle zwei bis drei Jahre produzieren, oder aber nur ganz kurze Zeit im Jahre. Bei diesen Zuständen kann aber weder der Ziegeleibesitzer noch der Ziegler viel verdienen. Um aber doch noch etwas aus ihrer Tätigkeit herauszuschlagen,

waren ja die Ziegeleibesitzer immer darauf bedacht, den Lohn der Ziegler möglichst niedrig zu halten. Sie wandten sich in den letzten Jahren immer gegen jede Lohnerhöhung und glaubten, als die allgemeine Lohnabnauwelle einsetzte, jetzt würde ihnen Heil widerfahren. Bis jetzt haben wir von unserem Lohn 21 Pf. pro Stunde eingebüßt, aber auch das wird die Ziegelindustrie nicht retten können. Rund 25 Millionen Steine dürften jetzt noch im Bezirk Essen-Gelsenkirchen auf Lager stehen. Wenn nun in diesem Jahre die Reichsregierung nicht außerordentliche Kapitalien für den Wohnungsbau zur Verfügung stellt, so dürfte an eine Aufnahme der Produktion nicht zu denken sein. Ein Teil der finanziell schlecht dastehenden Ziegeleien hat bereits Konkurs gemacht und andere Betriebe werden abgebrochen. Für die Volkswirtschaft und auch für uns Ziegler bedeutet das aber keinen Verlust, denn die meisten wären doch nicht in der Lage gewesen, das zur Inbetriebnahme notwendige Kapital für Löhne zu beschaffen. Auch wir Ziegler haben bei der heutigen Zeit kein Interesse mehr daran, unseren verdienten Lohn bis Kampagneschluß stehen zu lassen.

Für das obengenannte Wirtschaftsgebiet würden 20 Ziegeleien vollausgenutzt genügen, es könnte dann die Produktion voll ausgenutzt werden und die Ziegeleibesitzer könnten uns das Recht auf einen anständigen Lohn nicht mit dem Hinweis streitig machen, daß sie selbst nichts verdienen.

In dem Bezirk, unter dem bereits geschilderten Verhältnisse doch noch etwas zu verdienen, sind Ziegeleibesitzer, und auch ein Teil Meister (die es ist so) von Jahr zu Jahr immer mehr. Einige Arbeiter eingestellt, insbesondere jugendliche, anstatt der alten, bewährten lippischen Wanderziegler. Wenn es auch nur ein paar Pfennige waren, die man durch Stellung der Köchin sparte, so glaubte man sich damit retten zu können. Hier scheint das Sprichwort zu gelten: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“ Früher riß man sich um die lippischen Ziegler, und machte ihnen allerlei Versprechungen, damit sie nur kamen. Heute gibt man denen Arbeit, welche sonst einen großen Bogen um die Ziegeleien machten. Hoffentlich rächt sich dieses nicht noch einmal, denn ewig werden auch die aus anderen Berufen ausgestobenen Arbeiter nicht so dumm sein, um für weniger Geld zu arbeiten, wie die alten Facharbeiter. In dieser Hinsicht hätte man von den Meistern, welche selbst Landesknechte sind, etwas mehr Verständnis erwartet. Hoffentlich denken die Ziegeleimeister in diesem

Jahre bei der Annahme der Leute mehr an ihre Landsleute.

Aus alledem Angeführten ergibt sich, daß es weder für die Industrie selbst, noch für uns Ziegler rüstig aussieht. Trotzdem dürfen wir den Mut nicht sinken lassen und wollen weiter fest im Keramischen Bunde zusammenstehen, denn nach dieser Zeit kommt auch mal eine andere. E. G., Essen.

Die Welterzeugung von Zement

Nach dem Bericht des internationalen Wirtschaftsverbandes betrug im Jahre 1929 die Zementproduktion der Welt 71 700 000 Tonnen, gegenüber 70,6 Mill. Tonnen im Jahre 1928. Die Hauptproduktionsländer ihrer Bedeutung nach sind Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Rußland, Polen und Spanien. In Europa sind von den 70,1 Mill. Tonnen Welterzeugung 33,8 Mill. Tonnen erzeugt worden. Nach Erdteilen berechnet, ergeben sich folgende Prozentsätze:

1925 1926 1927 1928 1929 Europa, einschl. Rußland 41,6 43,0 44,3 46,1 47,3 Nordamerika 50,7 48,5 47,1 45,6 44,0 Asien 6,5 7,3 7,3 6,9 7,4 Ozeanien 1,2 1,2 1,3 1,4 1,3

1925 gleich 100 gesetzt, stand die Gesamtproduktion im Jahre 1929 auf 124. Der Produktionsindex für Europa allein war auf 141 — einschließlich Rußland — gestiegen; dagegen stand er für Nordamerika nur auf 108.

Die größte Steigerung in den letzten vier Jahren hat Rußland aufzuweisen. In tausend Tonnen betrug die Produktion:

1924: 358 1927: 1599 1925: 708 1928: 1902 1926: 1293 1929: 2390

Das waren 1929 im Vergleich zu Deutschland etwa 30 Prozent. Eine Ausfuhr hat Rußland zur Zeit nicht. Ob es jemals Zement ausführen wird, muß für die nächsten Jahrzehnte bezweifelt werden, denn der Ausbau Rußlands erfordert vorläufig noch ungeahnte Mengen Baugewerksmaterialien.

Landsberg-Gennin

Die Kollegen des Betriebes Wentzoll Gennin befinden sich unter besonderem Druck. Der Unternehmer verlangt Uebernatürliches. Im vergangenen Jahre wurde ein Tariflohn von 49 Pf. pro Stunde gezahlt. Der Tarif lief Ende September 1931 ab, ohne erneuert zu werden. Wentzoll nimmt nun das Recht für sich in Anspruch, selbst Notverordnungen erlassen zu dürfen. Er will selbst die Löhne diktieren. Ja, noch weiter, wer für Hundelöhne nicht arbeiten will, soll auf dem

Arbeitsamt denunziert werden, d. h. mit diejenigen, die sich nicht beugen, durch Kohlendampf gezwungen werden, zu Kruen zu kriechen. Wie während des Krieges durch Trommelfeuer die Menschen demoralisiert wurden, so wollen die Unternehmer die Proleten durch das Trommelfeuer des Hungers und der Lohnkürzungen gefügig machen.

Im vorigen Jahre verdiente ein Ofenkarrer pro Tausend 50 Pf. Jetzt sucht Wentzell herum, er bietet 32 bis 35 Pf.

18 bis 20 RM Wochenlohn bei 55 1/2 stündiger Arbeitszeit ist seiner Meinung nach für Ofenkarrer genug.

Wir raten unseren Kollegen, daß sie es nicht nötig haben, unter den Tariflöhnen zu arbeiten. Die Notverordnung betr. 10 Prozent Lohnabzug ab 1. Januar 1932 trifft nicht zu für Betriebe, wo tariflose Zustände oder keine Tarife bestehen. Hier muß entweder ein neuer Tarif nach Vereinbarung geschaffen oder der Schlichter angerufen werden.

Der Arbeitslose kann Arbeit abweisen, wenn auf der Arbeitsstelle nicht der Tariflohn gezahlt wird. Dieser beträgt in diesem Falle 49 Pf. Kollegen, die ihr noch nicht organisiert seid, hinein in den Verband! Rüstet zur Abwehr! Durch Geschlossenheit zum Sieg! Und ihr, organisierte Kollegen, helft Aufklärung schaffen! Benutzt die freie Zeit und geht auf Land. Helft Aufklärung schaffen! Werbt! Werbt!

Spanien

Das Amtsblatt für Spanien veröffentlichte ein Dekret des Ministers für öffentliche Arbeiten vom 14. Januar 1932, in welchem die durch Dekret vom 5. Januar 1929 geschaffene „Junta reguladora é inspectora de la industria del cemento“ mit ihren weitgehenden Befugnissen aufgelöst und durch eine „Comision asesora de la industria del cemento“ ersetzt wird. Diese Kommission setzt sich aus Beamten, Vertretern der Zementindustrie und Vertretern der Zementverbraucher zusammen. Ihre Aufgabe besteht hauptsächlich in der Festsetzung der Zementpreise nach Prüfung der Gestehungskosten, Begutachtung der verschiedenen Zementarten, auf deren Verwendbarkeit, der Einrichtung von Prüfungsstellen und der Sammlung statistischer Angaben. Veranlaßt ist dieses Dekret durch die in letzter Zeit erfolgten Preiserhöhungen für Zement.

Rußland

Im Dezember 1931 wurden zwei Zementfabriken, und zwar Ambrossijewski Zementfabrik mit einer jährlichen Produktionsfähigkeit von 1 Mill. Fässern und eine Zementfabrik in Charkow, die jährlich 700 000 Fässer Zement herstellen soll, dem Betrieb übergeben.

Schiebung um Hitler

Hitler besitzt bekanntlich keine deutsche Staatsangehörigkeit. Die österreichische hat er verloren, weil er vor dem Krieg seiner Militärdienstzeit nicht genügte und deshalb als Deserteur galt. Solange Hitler die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzt, kann er als Politiker bei Wahlen nicht kandidieren und auch nicht gewählt werden. Diesen Uebelstand wollte nun der ehemalige Heimkrieger und thüringische Innenminister Dr. Frick beseitigen, er beförderte seinen Pg. Hitler, als er in Thüringen auch den Finanzminister vertrat, im Beisein eines Beamten zum Gendarmerie-Inspektor von Hildburghausen und stellte die Urkunde dazu aus. Dem Beamten verbot er unter Hinweis auf den Beamteneid, darüber der Öffentlichkeit Mitteilung zu machen. Mit der Ernennung Hitlers zum Gendarmerie-Inspektor von Hildburghausen wollte ihm Dr. Frick die deutsche Staatsangehörigkeit verschaffen. Dieses alte Stückchen schob der thüringische Innenminister und nationalsozialistische Heinger Dr. Frick a. D. im Juli 1930. Die Urkunde wurde sicher im Braunen Haus in München aufgehoben; denn die Andeutungen der nationalsozialistischen Presse, zur Reichspräsidentenwahl werde

es noch Ueberraschungen geben, waren zarte Hinweise auf diese Urkunde.

Da nun die Kandidatur Adolf Hitlers zur Reichspräsidentenwahl zu erwarten war, hielten es wissende Stellen für ratsam, dieses Geheimnis nun der Öffentlichkeit mitzuteilen und die zwei thüringischen Beamten, die davon wußten, von ihrer „Bedrückung“ zu befreien. Hitler, der mit Schiller sagen kann: „Und wer's zum Wachtmeister erst gebracht, der steht auf der Leiter zur höchsten Macht“, leugnet natürlich dreist und gottesfürchtig, von den Dingen etwas gewußt zu haben und schiebt Dr. Frick die Schuld zu. Das tut der Mann, der stets behauptet, daß in seiner Partei nichts vorkomme, von dem er nicht wisse. Dabei kommt in diesem Zusammenhang noch heraus, daß Dr. Frick seinen Parteichef erst zum Kunstprofessor ernennen wollte. Als das nicht gelang, machte er ihn dann zum Gendarm, als der er nun auf der höchsten Stufe seiner öffentlichen Laufbahn angelangt zu schein scheint.

Adolf I., Gendarmerie-Inspektor von Hildburghausen, der neueste Stoff für Film, Theater und Witzblätter.

Armer Nationalheld Hitler!

Stettin / Generalversammlung

Am 31. Januar tagte die Generalversammlung im Volkshaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die verstorbenen Kollegen Wilhelm Krüger, Hermann Baekhaus, Paul Földt, August Hasselmann, Richard Mantz, Richard Böhm, Albert Otto, Karl Blüß, Richard Krüger und Julius Dalitz durch Erheben von den Plätzen geehrt.

Den Geschäftsbericht gab der Geschäftsführer, Kollogo Klünder. Er bezeichnete das verflossene Jahr 1931 als ein Jahr der politischen Unordnung und der wirtschaftlichen Zusammenbrüche.

Einen breiten Raum in dem Bericht nahm der Arbeitsmarkt und die Arbeitslosigkeit ein. Stettin hatte in länger zurückliegenden Jahren besonders unter einer ungeheuren Arbeitslosigkeit zu leiden. Ein Teil früher gutgehender Betriebe wurde stillgelegt. Einzelne Betriebe arbeiten bereits längere Jahre stark verkürzt. Die Mehrzahl der Betriebe beschäftigt nur einen Bruchteil gegenüber früherer Jahre. Stettin stand und steht mit an der Spitze der größten Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Die Agitation, die auf Grund dieser schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden war und deren Erfolg viel zu wünschen übrig ließ, wurde unterstützt durch 63 Vertrauensmännerversammlungen und 137 Betriebsversammlungen. Außerdem wurden 9 Flugblätter ausgegeben, ferner eine ganz erhebliche Anzahl von Flugblättern und Handzettel, die durch Vervielfältigungsarbeit im Büro hergestellt wurden. Ebenso wurde auf dem Gebiete der Hausagitation mit 18 dazu ausgewählten Kollegen eine rege Tätigkeit entfaltet.

Ein betrübliches Kapitel bildete im verflossenen Jahre die Lohnbewegung, bei welcher die Arbeitgeber ihre Chancen auf Grund der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ausnützten und die leider auf Grund der Notverordnung mit einem Abbau der Löhne um 15 Proz. endigten.

Auf dem Gebiete des Arbeitsrechts wurde im allgemeinen erfolgreich gearbeitet und 49 Klagen zur Erledigung gebracht. Von diesen waren 43 erfolgreich, und 6 wurden als aussichtslos zurückgezogen. Außer diesen wurde in 7 Fällen Rechtsschutz bewilligt zur Erreichung bzw. Erhöhung der Invaliden- oder Unfallrenten.

Als Gesamtarbeitspensum wurden außer den Büroarbeiten 530 Veranstaltungen (Sitzungen, Versammlungen, Konferenzen, Verhandlungen) gehalten. Nebenbei sei noch erwähnt, daß auch im verflossenen Jahre verschiedentlich der Verbandsfilm „Aufstieg“ vorgeführt wurde.

Der Berichterstatter schloß mit den Worten, daß er im allgemeinen von dem verflossenen Jahre nicht viel Freudiges habe berichten können, und daß leider auch für das laufende Jahr keine besondere gute Aussicht vorhanden sei. Schalen wir deshalb heraus, worauf es ankommt, in der Hauptsache darauf, daß wir unseren politischen Gegnern nicht das Feld räumen und ferner, daß wir den Glauben an uns selbst und an unsere Organisation nicht aufgeben, sondern mit frischem Mut zu neuen Kämpfen aus Werk gehen, zum Wohle der Klassenbewußten Arbeiterschaft und zum Wohle des Volksganzen. Dann wird trotz der Nazi-Mordbuben und trotz der Kommunisten-Verleumdungen der Sieg unser sein. Lobhafter Beifall dankte dem Referenten.

Der Kollege Gielow erstattete den Kassensbericht vom 4. Quartal und den Jahreskassenbericht 1931. Die Hauptkasse bilanzierte im 4. Quartal in: Einnahme und Ausgabe mit 40.669,82 RM, die Lokalkasse mit 59.526,86 RM. U. a. hatte die Hauptkasse im Jahre 1931 folgende Ausgaben:

Für Arbeitslose	71.663,30 RM
„ Kranke	72,55 RM
„ Invaliden	25.763,03 RM
„ Starbegeld	5.475,— RM

Die Lokalkasse für außerordentliche Unterstützung an Mitglieder 6797,94 RM. Der Kollege Gielow forderte ebenfalls von regerer Mitarbeit auf.

Die Revisoren beantragten, dem Kassierer Entlastung zu erteilen und ihm sowie den Kollegen Klünder und Lersow das Vertrauen

auszusprechen. Der Kollogo Mielke beantragte, der gesamten Verwaltung das Vertrauen auszusprechen. Die Annahme dieser Anträge erfolgte einstimmig. Die bisherigen Ortsverwaltungsmitglieder wurden einstimmig en bloc wiedergewählt.

Nach Erledigung weiterer interner Fragen und anfeuernder Geleitworte des Kollegen Klünder fand die gutbesuchte Versammlung ihr Ende.

Penzig / Jahresversammlung

Die Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe Penzig vom 27. Januar gedachte nach Eröffnung zunächst der verstorbenen Kolleginnen und Kollegen: Hellmuth Kleinert, Pauline Ottlinger, Adolf Würfel, Heinrich Langer, Artur Weinhold, Emilie Boier, Hugo Hoff und Oskar Wonneberger. Kollege Ideler als Geschäftsführer der Zahlstelle gab einen umfassenden Jahresbericht, aus dem die Versammelten ersehen konnten, welche ungeheure Fülle von Arbeit geleistet und was für finanzielle Unterstützungen dank der guten Unterstützungseinrichtungen — sei es im Arbeitslosigkeits-, Krankheits-, Invaliditäts- und Sterbefälle — ausbezahlt wurden, ausschließlich der Rechtshilfe und der Notlagefälle. Auch das Versammlungsleben pulsierte sehr rege. Nach einer Betrachtung der Lohnbewegungen im Krisen- und Notjahr 1931 ermahnte Redner zur Einigkeit und Geschlossenheit. Wer die Arbeiterschaft in den Gewerkschaften zu spalten versucht, begeht ein Verbrechen an der Arbeiterklasse. Eine Arbeiterschaft, die ihre Führer vernachlässigt, gräbt sich das Grab der Unfreiheit selbst. Die Neuwahl der Verwaltung ergab die Wiederwahl der bisherigen Kollegen, nur an Stelle des verstorbenen Kollegen Franke wurde Kollege Starke gewählt. Den Bericht von der Jahreshauptversammlung des Ortsausschusses des ADGB gab Kollege Weinhold, woran sich eine kurze Aussprache anschloß. Der Branchenleiter Kollege Krebs (Berlin) hielt hierauf einen interessanten Vortrag über „Die Gewerkschaften im Kampf für Freiheit und Recht“. Redner schilderte die geschichtliche Entwicklung der Gewerkschaften und zeigte, daß alle Revolutionen und Erhebungen der unterdrückten Klasse der Kampf um die Gleichberechtigung gewesen sei. Wenn es vor dem Kriege, wo der Kampf individuell geführt wurde, auch schwer war, so ist der Kampf heute um so schwerer, da in der Jetztzeit der Kampf Klasse gegen Klasse geführt wird. Redner gab weiter die Stellung der Gewerkschaften zur Kriegsschuldfrage bekannt sowie die wirtschaftliche Strukturwandlung der Produktionsweise in allen kapitalistischen Ländern. Die Schuld an der Wirtschaftskrise trägt die frühere militaristische Clique, die den Krieg heraufbeschworen hat. Hinzu kommt, daß durch die Fehlrationalisierungsmaßnahmen Millionen Kapital verschleudert worden ist. Die Schutztruppe des Kapitals, die Nazis, buhlen um die Gefolgschaft der Arbeiter, sie wollen den längst überwundenen Ständestaat wieder aufrichten. Ringsum hat die Arbeiterschaft Feinde, die mit allen Mitteln versuchen, die Arbeiterschaft wieder völlig rechtlos zu machen. Nur die Gewerkschaften haben gekämpft und gearbeitet für die wirtschaftlich Schwachen. Das Jahr 1932 sei mit seinen Wahlen von entscheidender Bedeutung für die Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften werden wie bisher den Kampf weiterführen gegen Unrecht und Unterdrückung, zur besseren Gestaltung der Lebenslage der Arbeiterschaft und für Freiheit und Recht. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen und nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Arbeiterschaft von Penzig erkennt nach dem Referat des Kollegen Krebs, Berlin, an, daß der Keramische Bund, Abt. des Fabrikarbeiterverbandes, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse, im Kampf für Freiheit und Recht der Arbeiterklasse seine Pflicht zu jeder Zeit erfüllt hat.

Vor allem begrüßt die Versammlung die Bemühungen des Verbandes, auf nationalem und internationalem Gebiet durch gesunde Arbeitszeitregelungen die vorhandenen Beschäftigungsmöglichkeiten so aufzuteilen, daß unsere arbeitslosen Brüder wieder mit in den Produktionsprozess eingereicht werden können.

Die bekannte Solidarität der arbeitenden Bevölkerung Penzigs wird durch fernere Gemeinschaftsarbeit in der freien Gewerkschaft den Beweis auch in Zukunft erbringen, daß brutale Macht und wirtschaftliche Unvernunft nicht über uns triumphieren.

Der Kampf um Fortschritt und Aufbau, um Freiheit und Recht wird weiter geführt unter dem Geleitwort: Eisern die Front! Eisern die Hand! Freiheitlich, republikanisch das ganze Land!

Lübeck / Generalversammlung

Am 31. Januar tagte in Lübeck die von allen Ortsgruppen besuchte Vertreterversammlung. Die Kollegen Gampig und Körner gaben den Geschäftsbericht. Die Hauptkasse hatte große Zahlungen zu leisten, weil im Bereich der Zahlstelle die Zahl der Arbeitslosen weit über zehntausend ausmachte. Die Lokalkasse schneide zwar etwas besser ab, doch auch hier macht sich der Einnahmerückgang stark bemerkbar. Ein verfügbarer Bestand von 40.000 Reichsmark konnte nachgewiesen werden. Der Rückgang der Mitglieder ist an sich bedauerlich, nach Abzug der Uebertritte ist ein Verlust von 300 Mitgliedern zu verzeichnen. Da aber zur Zeit nur sechs Betriebe noch arbeiten, ist der Verlust verständlich. Nach der Aussprache über die Berichte wurde die alte Verwaltung wiedergewählt. Nicht weniger wie 13 Anträge waren zu erledigen. Darunter befand sich auch einer, der den Beitrag zum Baufonds des Gewerkschaftshauses solange aufhebt, bis er wieder durch den Ortsausschuß angefordert wird. Durch die Annahme dieses Antrages brauchen unsere Mitglieder jetzt nicht gleich mit dem Verbandsbeitrag zurückgehen, weil ja der Beitrag ab letzter Kassierung im März billiger wird durch den Wegfall des Baugroschens. Im Schlußwort wurde festgestellt, daß die Gewerkschaften, und unser Verband besonders, gegen den Lohnabbau und auch gegen die Notverordnung Front gemacht haben. Wenn jeder im Jahre 1932 auf dem Posten bleibt, soll uns nicht bange sein. Daß die beiden Kolleginnen trotz Rauch und manchmal dicker Luft treu die vollen acht Stunden aushielten, sei besonders vermerkt.

Schriften und Bücher

„Sozialer Ratgeber.“ VI. Auflage. 256 Seiten stark. Von Arzmit, Karlsten, M. G. R. Verlag: Zentralverband der Arbeitslosen und Witwen Deutschlands, Berlin-Schöneberg, Kaiser-Friedrich-Straße 9. — Der „Soziale Ratgeber“ hat sich seit Jahren zu einem sehr wirksamen Werkzeug für alle Funktionäre entwickelt, die ehrenamtlich oder beruflich in der Sozialpolitik zu tun haben. Die Arbeit dieser Kreise ist durch die im letzten Jahre vielfach eingetretene gesetzlichen Veränderungen außerordentlich erschwert worden. Die VI. Auflage des „Sozialen Ratgebers“ füllt in dieser Beziehung eine sehr empfindliche Lücke auf. Das Werk behandelt sehr eingehend die Fragen der Mitgliedschaft, Beiträge, Ansprüche und Verfahren auf allen Gebieten der Sozialversicherung, der Versorgung und der Fürsorge. Es enthält im übrigen auch die wichtigsten Pfändungs- und Uebertragungsbestimmungen für Rentenbezüge und Steuerfragen für Sozialrentner. — Der neue „Soziale Ratgeber“ ist in der zweiten Hälfte des Monats Januar 1932 fertiggestellt und berücksichtigt selbstverständlich auch den Gesetzesstand bei allen von ihm behandelten Gebieten bis zu diesem Zeitpunkt. — Der Preis beträgt im Einzelverkauf 2,— RM, beim Bezug von mindestens zehn Exemplaren 1,60 RM. Der Versand erfolgt entweder gegen Nachnahme oder gegen Voreinsendung des Betrages an die Vermögensverwaltung des Zentralverbandes der Arbeitslosen und Witwen Deutschlands G. m. b. H., Berlin-Schöneberg, Kaiser-Friedrich-Straße 9, Kontonummer 42038.

Dank

Aus Anlaß meines Jubiläums als Verbandsangestellter sind mir von allen Seiten soviel Glückwünsche und Beweise kameradschaftlicher Treue zugegangen, daß es mir nicht möglich ist, jedem einzelnen zu danken. Ich spreche deshalb auf diesem Wege allen, die meiner in so freundschaftlicher Weise gedacht haben, hiermit meinen herzlichsten Dank aus.

Hamburg, den 2. Februar 1932.

Friedrich Voß.

Ausschlüsse

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a, in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts, das bisherige Mitglied der Zahlstelle Bitterfeld: Alfred Bode, Buch-Nr. S. II 767 895.



An die deutsche Jugend! Hinlein in die Eisernen Front!

Die Reichskampfleitung der Eisernen Front hat aufgerufen zum Kampf für die bedrohte Freiheit des deutschen Volkes und für die Erfüllung der Verheißungen in der Verfassung von Weimar. Der Katastrophopolitik und den Diktaturplänen des Nationalsozialismus soll die geschlossene Kampffront des republikanisch und freiheitlich gesinnten Volkes entgegengestellt werden.

In dieser Front für soziale Gerechtigkeit, für innere und äußere Freiheit, für Frieden und allgemeine Abrüstung steht auch die Jugend. In diesem Kampf gegen Bürgerkrieg und Diktatur entscheidet sich das Schicksal der Jugend, von seinem Ausgang hängt die Zukunft der jungen Generation unseres Volkes ab.

Die Gegner der Demokratie und der Republik behaupten, die Mehrheit und der aktive Teil der deutschen Jugend stünden in ihren Reihen. Das ist nicht wahr. In unseren Organisationen stehen Hunderttausende junger Menschen, die sich begeistert zu den Zielen und Parolen der Eisernen Front bekennen. Wir haben bisher dem Geschrei der anderen unsere zähe praktische Arbeit für die Ziele der Demokratie und des Sozialismus entgegengestellt. Jetzt aber sollen Freunde und Gegner wissen, daß neben den Männern und Frauen der Eisernen Front auch eine kampfbereite Jugend steht.

Wir rufen die Jugend unserer Verbände, wir rufen die vorwärtsdrängende, freiheitlich gesinnte Jugend im ganzen Land, bereit zu sein für den Dienst in der Eisernen Front. Bereit zum Dienst, das heißt, daß wir an allen

Plätzen, an denen wir mit jungen Menschen in Berührung kommen, an Arbeitsplätzen, auf den Stempelstellen, in den Berufsschulen unter der Jugend werben für die Demokratie und für eine neue gerechtere Wirtschaftsordnung. Viele unter uns können noch nicht als aktive Mitglieder in die Formationen der Eisernen Front eingereicht werden, aber es ist keiner so jung, daß er nicht zum Werber für die Ideen der Eisernen Front werden kann. Es ist unsere besondere Aufgabe, in den nächsten Monaten der gesamten Jugend unseres Volkes begreiflich zu machen, daß ihre Zukunft entschieden wird im Kampf der Eisernen Front.

Wenn die Kampfesleistungen der Eisernen Front rufen, um in öffentlichen Kundgebungen Ziel und Inhalt ihres Kampfes zum Ausdruck zu bringen, dann werden die Jungen zur Stelle sein. Wir setzen dem Vernichtungswillen der Gegner unsere Einheit entgegen. Wo es um die Freiheit und das Leben der arbeitenden Jugend geht, sind wir eins im Willen und im Handeln.

Berlin, den 30. Januar 1932.

- Für die Jugend der freien Gewerkschaften: Walter Maschke.
- Für die Jugend der Arbeiter-Sport-Verbände: Fritz Wildung.
- Für die Sozialistische Arbeiterjugend: Erich Ollenhauer.
- Für die Jugend des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold: Artur Pape.

Bildungsarbeit — das Gebot der Stunde

Der Jugendabend wurde durch das Singen eines Kampfliedes eröffnet. Dann begann die Aussprache über unser Verbandsstatut und dem eigentlichen Zweck unseres Verbandes. Brauchen wir überhaupt einen Verband? Jawohl! Unorganisiert, einzeln ist der Arbeiter dem Unternehmertum, den Kapitalisten, den Besitzern der Produktionsmittel (Fabriken, Maschinen) machtlos ausgeliefert. Die Arbeiter müssen sich zusammenschließen in den freien Gewerkschaften, um sich ihre Rechte erkämpfen zu können. Die drei wichtigsten Forderungen unseres Verbandes lauten deshalb: Der Verband erstrebt:

1. Die völlige Gleichberechtigung der Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft.
2. Volle Anerkennung des Wertes und des Rechts der Arbeit.
3. Die Wahrung der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Interessen der Mitglieder, unter Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen.

Dieser Zweck soll erreicht werden durch: Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen, deren Festigung und Verteidigung durch Abschluß von kollektiven Arbeitsverträgen; Erkämpfung eines weitgehenden Mitbestimmungsrechts in der Erzeugung; Aufklärung über den Stand der Sozialpolitik und die Aufgaben des Arbeiterrechtes; Erkämpfung eines weitgehenden Schutzes für Jugendliche und Frauen; Gewährung von Streik-, Erwerbslosen-, Reise- und Invalidenunterstützung; Gewährung von Rechtsschutz in Streitigkeiten, die aus dem Arbeitsvertrag und der Kranken-, Unfall- und Inva-

lidensversicherung erwachsen; Regelung des Arbeitsnachweises sowie des Verkehrs- und Herbergswesens; Aufnahme statistischer Ermittlungen; Pflege der Bildung und der Geselligkeit unter den Mitgliedern und ihren Familien; Pflege und Förderung der körperlichen und kulturellen Heranbildung der jugendlichen Mitglieder; unentgeltliche Lieferung der Verbandsorgane: „Der Proletarier“ und „Keramischer Bund“.

Ueber diese gewaltigen Aufgaben und Ziele wurde eifrig diskutiert, und das beweist das Interesse unserer Jugend für das große Kulturwerk, das zu erstehen, der Verband sich zur Aufgabe gemacht hat. Denjenigen jugendlichen Mitgliedern unseres Verbandes, die noch immer interesselos über unsere Veranstaltungen hinwegsehen, rufen wir zu: „Kommt zu unseren Jugendveranstaltungen, verschafft euch so das nötige Wissen über Wirtschafts-, Arbeiterrechts- und Verbandsfragen, denn ihr werdet es einmal notwendig gebrauchen müssen im Kampf gegen das Unrecht, das der Kapitalismus mit seiner Wirtschaftsordnung täglich tut, indem er immer größeres Elend über Millionen Arbeiter bringt, um immer größeren Besitz in die Hände weniger Reicher zu häufen. In diesem Kampfe voran leuchtet uns das Goethewort: „Das ist der Weisheit letzter Schluß: Nur der erwirbt sich Freiheit und das Leben, der täglich sie erobert.“

Zum Schluß des Ausspracheabends wurde noch beschlossen, in nächster Zeit über Arbeitsverträge, Tarife und Rechtsschutzfragen (Arbeitsrecht) zu sprechen. F. F. K.

Die Kluff / Roman von Ellen Wilkinson

Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Otto Albrecht van Bebber / Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg

I.
Joan Craig stampfte in ihr kleines Büro, warf die Aktenmappe auf den Fußboden, schleuderte ihren Hut auf einen Stuhl und Mantel und Handschuhe auf einen anderen.
„Ich bin fertig, absolut fertig!“ murmelte sie giftig, indem sie sich zur Tür wandte, um den Biegel vorzuschleichen. „Wenn ich heute nachmittag noch ein menschliches Gesicht sehe, schlage ich zu!“ Sie setzte sich an ihren Schreibtisch und ließ den Kopf auf die Arme fallen. „Unmöglich, daß ich diese Arbeit Tag für Tag fortführe. Man kann sein eigenes Selbst nicht stückchenweise an Leute geben, die dies als Belästigung empfinden. Ich jedenfalls kann es nicht... kann es einfach nicht!“
Joan hatte eine ihrer Krisen. Erschöpfung übermannte sie — Erschöpfung, wie sie einzig und allein diejenigen kennen, die ihre Mitmenschen organisieren wollen und die bisweilen diese Welt wie ein Berg von anderer Leute Sorgen anmutet, der auf ihren Schultern lastet.
Acht Jahre war Joan in der Frauenorganisation tätig, erst als Munitionsarbeiterin und seit Kriegsende als Gewerkschaftsfunktionärin. Nun, im Alter von sechsundzwanzig Jahren, begann sie, an ihre Genossen nur als helle Gesichter vor dem Vortragspult zu denken oder als Reihen dunkler Gestalten, deren Händen sie Versammlungsauftritte überreichte.
Als sie in dem kleinen Zimmer saß, das sie mit einer anderen Frauenorganisatorin im Yorkshire-Gebäude der Industriearbeitergewerkschaft teilte, fühlte sie, daß sie zum Ende eines Kapitels gekommen war. Müde und verdrossen, wünschte sie nur eins: wenigstens eine Stunde lang von jedem Kontakt mit Menschen verschont zu bleiben.
Ein Pochen an der Tür... jemand gab mit den Fingernägeln Morsezeichen. Joan, die wußte, wer es war, erhob sich mit einem leisen Stöhnen und riegelte auf.
„Ich bin nicht fähig zu sprechen“, sagte sie, sich zu einem Lächeln zwingend, „und werde entweder weinen oder zanken.“
William Royd, ein großer, stark gebauter Mann aus Lancashire mit einer Kraftreserve, die sich hinter gemüthlicher Heiterkeit verbarg, war sowohl ihre Zuflucht als auch ihr Chef in der Zusammenarbeit mit dem männlichen Stab. Alle nannten ihn William, aber niemand hätte daraufhin eine plumpe Vertraulichkeit gewagt. Er war aus der Fabrik hervorgegangen, und noch heute behagten ihm seine Werkzeuge mehr als die Feder. Der Erfolg bei Leitung eines langen und schwierigen Streiks in dem Werk, wo er arbeitete, hatte seine Berufung zum Gewerkschaftsstab gebracht, ihn rapide weiter zum verantwortungreichen Posten emporgetragen, bis er Mitglied der Exekutive wurde — der Jüngste in einem Kollegium vorsichtiger, bejahrter Männer, die nichtsdestoweniger auf seine Stimme hörten.
Als Joan sich abgespannt am Kamin niederließ, fragte er kurz:
„Was ist los?“
„Erledigt bin ich, William. Lieber Strafen kehren als nochmals Reden halten oder Zettel verteilen. Wenn die Frauen sich nicht organisieren wollen, so sollen sie sich meinethalben schmoren lassen. Basta!“
„Schade!“
„Warum? Sparen Sie es sich, von dem Aufbau des sozialen Staates in Englands grünen und lieblichen Gefilden zu faszeln! Ich habe ihn zu heiß ersehnt, habe gegen zu viele Ungerechtigkeiten protestiert! Ich weiß, wie die Karre läuft? Gibt es ein Trappistenkloster für Frauen? ... Dann möchte ich eine Fabrikarie haben, nur Hinreise.“
„Na, na! Ein billiges Wochenende würde besser sein, und am Montag sähen Sie alles mit anderen Augen an.“ Er stopfte Tabak in seine Shagpipe, obgleich das Rauchen in den Büros untersagt war — aber um Verbote kümmerte sich Royd selten. „Schade“, wiederholte er, „daß Sie gerade dann fortlaufen wollen, wenn es aufregend wird.“
„Aufregend!“ spottete Joan verzweifelt. „Ich habe während der letzten beiden Wochen zweimal täglich dieselbe Rede zu halten. Das nennen Sie aufregend?“
„Nun, ein Generalstreik würde vielleicht auch für Sie aufregend genug sein, was?“
„Ein Generalstreik! ... William, Sie haben ein Familienblättchen gelesen, und das in Ihrem Alter! ... Päh!“
Royd zündete erst seine Pfeife an, ehe er gleichmütig erwiderte:
„Ohne Scherz, der Generalstreik kommt.“
„Ja, vielleicht eine Masse Bluff, wie im vergangenen Juli“, versetzte das Mädchen. „Und sollte es wirklich ernst gemeint sein, so wird es die Regierung schon hintertreiben. Generalstreik? So etwas passiert nicht in England. Die Kommunisten trauen ich schon Unternehmungen zu, aber ihre besten Köpfe sind verbannt im Gefängnis.“
„Joan, Sie sind ein Kind, wenn Sie sich einbilden, daß in England eine Revolution durch Ihre jungen kommunistischen Freunde verursacht werden kann. Britische Revolutionen werden durch bedächtige britische Granbärte gemacht — deshalb sind sie auch immer erfolgreich gewesen.“
„Wollen die Granbärte denn den Generalstreik?“
„Schädi die schwarzfüßigen Familienväter unserer Gewerkschaft sich entschließen, den Bergbau zu helfen, geht es los, mein Kind.“
„Das wohl, aber solchen Entschluß trauen ich ihnen nicht zu.“
„So? Und warum ist der Generalrat der Gewerkschaften einberufen worden? Außerdem herrscht, wie ich mich überzeuge, überall im Lande die Ansicht, daß, falls die Bergleute in

ihrem Kampf unterliegen, auch sämtliche anderen Löhne davon in Mitleidenschaft gezogen werden.“
„Der Tee, Miß Joan“, unterbrach eine Stimme. „Oh, Verzeihung, Mr. Royd, ich sah Sie nicht; Ihr Tee steht schon auf Ihrem Schreibtisch.“
„Tut nichts, Emily. Mr. Royd kann von meinem abbekommen und behilft sich gern mit der Untertasse oder der Zuckerdose.“
„Nicht doch, Miß Joan, ich bin in zwei kleinen Sekunden wieder hier.“
Joan sprang auf und legte einen Arm um Emilys Hüfte.
„Daß Sie sich nicht unterstehen! Mit Ihren rheumatischen Knien nochmals die Treppen rauf und runter, um einem sechs Fuß langen Kerl seine Teetasse zu holen... das heißt gerade noch!“
Emily gehörte zu Joans „Funden“. Sie war von ihrem Arbeitgeber Knall und Fall entlassen worden, weil sie ihm genau das gesagt hatte, was sie von ihm dachte. Mehr als kernige Worte, stellte Joan, die Zeuge dieser Auseinandersetzung gewesen war, innerlich fest; aber es wurde ihr nicht schwer, dieses Opfer der Wahrheitsliebe bei ihrer Exekutive anzubringen. So kam es, daß Emily jetzt in einem netten, schwarzen Kleidchen die Büros vom Staub befreite, Tee kochte, Geschirr aufwusch

und Miß Joan vergötterte, obwohl das letztere nicht auf der Liste ihrer Pflichten stand.
„Ich trete Ihnen meine Tasse ab, William, als Bestechungsmittel“, lächelte Joan, während sie ihren eigenen Tee in die kleine chinesische Zuckerschale goß.
Wie ein fluchtbereiter Vogel hockte sie auf der Armlehne ihres Stuhls. Viel zu schlank, mit widerspenstigem, schwarzem Haar und lebhaften schwarzen Augen, hinterließ Joan Craig immer und überall den Eindruck von übermäßiger Energie. Ihre Pferdekraften waren zu mächtig für den Körper, die Uebersetzung im Getrieb zu groß. Schon mancher, der ihr Gesicht zu schildern versuchte, sah sich hierzu außerstande — es war mager und blaß. Das Ganze mehr ein Wind als eine Frau. Von den Männern, mit denen sie seit 1913 gearbeitet hatte, mühte sich mehr als einer, das Weib in ihr zu erfassen, doch Joan wich ihnen aus. Persönlicher Kontakt langweilte sie. Familie wie Freunde wurden achlos beiseitegeschoben, sobald ein Streik oder eine schwierige Organisationsfrage sie nach einer fernen Stadt rief.
Es überraschte Royd, daß sie bei der Erwähnung eines etwaigen Generalstreiks nicht sofort in die Luft ging. Sie saß völlig regungslos, und erst als Emilys schwerer Tritt auf der untersten Treppe verhallte, blickte sie zu ihm auf.

„Wissen Sie darüber mehr, als die Zeitungen drückten? Glauben Sie wirklich, daß es einen Generalstreik geben wird, oder war das nur eine Bombe, um mich aufzuwecken?“
Ihr Chef stellte die Teetasse auf den Tisch.
„Well, von beiden ein bißchen! Etwas wird geschehen und anscheinend bald. Ich habe eben ein Rundschreiben erhalten, durch das sämtliche Exekutiven der Gewerkschaften aufgefordert werden, sich beim Generalrat in London einzufinden — na, das sieht doch sehr nach Business aus.“
„Das kann alles mögliche bedeuten — Verhandlungen und dergleichen.“
„Der Ton der Aufforderung läßt eher etwas anderes vermuten. Dank den Hilfgeldern, die die Bergwerksbesitzer von der Regierung erhalten, sind sie über den Winter, als ein Streik ihnen sehr unangelegen gewesen wäre, komfortabel hinweggekommen. Jetzt häufen sich die Kohlenhalde, und es naht der Sommer — was können sich die Kohlenbarone Besseres wünschen? Warum sollen sie den Belegschaften nicht zum 1. Mai kündigen?“
„Und glauben Sie, daß die Bergleute etwa zu Kreuzen kriechen?“
„Liegt dem Unterhaus schon der Bericht der Untersuchungsausschusses vor?“
„Ich glaube, ja.“
„Dann wird die Regierung sich äußern müssen. Regierungen geben immer nach, sobald die Sache brenzlich wird“, erklärte Joan kurz und bündig.
(Fortsetzung folgt.)



Frauenfragen der Gegenwart

Anläßlich einer Frauenkonferenz sprach die sächsische Landtagsabgeordnete, Genossin Thümmel, vor den Dresdener Funktionärinnen unseres Verbandes über obiges Thema.
Die Referentin wies einleitend darauf hin, daß die Umwälzung im November 1918, einschneidende Veränderungen in bezug auf Wahl- und Koalitionsrecht sowie Arbeitsschutz, speziell für die Frauen, gebracht hat. Alle diese Rechte, die erst ein Anfang zur Gleichberechtigung sind, konnten aber nur dadurch mit-erobert werden, weil die Frauen so großen Anteil am Produktionsprozeß hatten. Die unproduktive Frauenarbeit von gestern, die neben der Hauswirtschaft im Spinnen, Weben, Stricken usw. bestand, gehört der Vergangenheit an. Heute könnte diese Arbeit keine Möglichkeit mehr bieten, damit das Leben zu fristen.
Nun möchte man seitens gegnerischer politischer Parteien frühere Zustände gern wieder haben, was man mit dem bekannten Ausspruch, daß die Frau ins Haus gehöre zu verdecken versucht. Wir wissen jedoch alle zur Genüge, welcher Widerspruch in diesem Standpunkt liegt. Warum zieht man denn gerade die Frauen immer mehr in die Produktion und stellt sie an Maschinen, die früher von Männern bedient wurden? Etwa aus Nächstenliebe der Christlichkeit? Die Hauptsache liegt doch darin, daß die Frau ihre Arbeitskraft billiger verkaufen muß. Und auf diesen Vorteil verzichtet man doch nicht gern, wenn man auch dadurch ihre Mitbestimmung in öffentlichen Korporationen und Parlamenten dulden muß.
Das gibt natürlich Anlaß, das Verhalten der politisch-reaktionären Gegner immer wieder zu kennzeichnen und allen Kolleginnen die Augen zu öffnen. Wir müssen uns darüber klar sein, wer überhaupt für unsere Interessen eintritt. Die bürgerlichen Parteien bis zu den Faschisten sicher nicht. Das radaulustige Verhalten der Nazis im Reichstag und anderen Parlamenten beweist am besten, daß sie gar keinen ersten Willen zu sachlicher Arbeit haben. Es ist ihre Absicht, daß die Sitzungen aufliegen und die Parlamente beschlußunfähig werden sollen. Sie wollen keine Demokratie und somit keine Besserung der Lage der Arbeiterschaft. Die Tagung der Schwerindustrie in Harzburg mit der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei hat bewiesen, daß man Hand in Hand mit den Kapitalisten arbeitet, und niemand wird glauben, daß die Nazis ihre Hilfe einer Partei bieten, die den Arbeitern helfen will.
Die Nazis schimpfen auf die Marxisten, die nach ihrer Ansicht die Wirtschaftskrisen verschuldet seien, denken aber nicht an die wahren Ursachen, die verlorenen Krieg, die Absatzschwierigkeiten, die Rationalisierung, die Fehlleistungen innerhalb der ganzen Wirtschaft, und so weiter der Arbeitslosigkeit auch in den sogenannten Siegerstaaten, unter denen wir am schlimmsten zu leiden haben. Die Nazis wollen am liebsten neuen Krieg, weil nach ihrer Ansicht zu viel Menschen da sind. Jede Frau, vor allem jede Mutter sollte gerade deshalb nicht in die Verherrlichung dieser Partei einstimmen. Das besorgen schon die bürgerlichen Damen in geradezu fanatischer Weise. Diese Frauen, die gar nicht ohne den früheren Soldatenklimbim, den die Nazis als ihre Hauptaufgabe betrachten, leben können, wollen die militärische Vergötterung irgendeines „Helden“. Von den Sorgen der Arbeiterinnen haben sie ja doch keine Ahnung. Oder soll man das noch anschauen, wenn auf einer bürgerlichen Frauentagung in Leipzig die Meinung vertreten wurde, daß es den Jugendlichen noch gar nicht so schlecht gehe? 90 Prozent hätten doch Arbeit und nur 10 Pro-

zent seien arbeitslos. Warum haben denn aber zufällig die Jugendlichen verhältnismäßig mehr Arbeit? Das wissen natürlich diese Frauen nicht, weil sie sich mit der Praxis nicht beschäftigen. Gerade die Ausbeutung der Jugendlichen steht heute auf einer Stufe, die wir nicht als gerecht empfinden können. Man stellt die jungen Menschen an Arbeitsplätze, wo erwachsene Arbeiter standen und verlangt von ihnen dieselben Leistungen bei allergeringster Bezahlung. Das trifft für fast alle Berufsgruppen zu.
Obwohl die Nazis gegen jede politische Betätigung der Frauen sind, befinden sich Frauen als Mitläufer in ihren Reihen. Die sogenannten „höheren Töchter“ sehen plötzlich eine eheliche Versorgungsmöglichkeit, wenn sie diesen Helden huldigen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß nur die zielbewußte Mitarbeit des einzelnen maßgebend sein darf, in der Öffentlichkeit mitzubestimmen. Wir lehnen es ab, „nur Geschlechtswesen“ zu sein, wie es sich die Goebbels und Hitler so paradiesisch ausmalen. Wir wollen gemeinsam mit den Kollegen kämpfen. Die Errungenschaften, die die meisten von uns schon als etwas Selbstverständliches hinnehmen, weil ihre Existenz ohne Tarifrrechte, ohne Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen und Jugendliche nicht mehr denkbar ist, werden wir vereint mit den Männern zu schützen und zu verteidigen wissen. Unser Mitbestimmungsrecht lassen wir uns nicht nehmen.
Der Internationale sozialistische Frauenkongress in Wien im Juli 1931 hat bewiesen, wer imstande und willens ist, Forderungen zur Verbesserung der Lage des Proletariats zu stellen und durchzudrücken. An uns liegt es nun, selbst mitzukämpfen, daß die Forderungen erfüllt werden. Alle Kolleginnen sollten sich dessen eingedenk sein, daß nur die Sozialdemokratie für die Bitterkeit des Arbeiterinnenschicksals Verständnis aufbringt. Nur die Partei der Arbeiterschaft, die Millionen Kämpfer in ihren Reihen hat, vermag zu helfen und entsprechend ihre Kraft auszuüben. Deshalb ist neben der gewerkschaftlichen Organisation für die Arbeiterin auch die politische Organisation unbedingt erforderlich.
Margarete Wermuth.

behandelt, die die Frauen besonders angehen und schließlich beschäftigten wir uns in einer Arbeitsgemeinschaft mit ähnlichen wichtigen Fragen. Anfang Dezember wurde ein Bunte-Abend veranstaltet, der allgemein angesprochen hat.
Das neue Jahr stellt uns nicht nur vor die Aufgabe, unsere Verbearbeit fortzusetzen, sondern zu aktivieren und vorzustoßen. Es muß uns gelingen, näher mit unseren Kolleginnen in Verbindung zu kommen und sie für unsere Arbeit zu interessieren. Gewiß wirkt die Erwerbslosigkeit hemmend für unsere Tätigkeit, aber sie verpflichtet uns auch eifriger denn je unsere Aufgabe zu erfüllen.
Alex. Hentschel.

Die Frau im nationalsozialistischen Staat

Hefi 22 der „Nationalsozialistischen Monatshefte“ behandelt die Frage „Die deutsche Frau und der Nationalsozialismus“. Alle Aufsätze dieses Hefes gipfeln in der von Nationalsozialisten immer wieder aufgestellten Forderung, die Frau aus dem Berufs- und Wirtschaftsleben herauszunehmen und sie ihrer „eigenlichen Aufgabe“, den Mutter- und Hausfrauenpflichten, zuzuführen. So heißt es in einem Aufsatz „Die Frauenemanzipation als Verfallerscheinung“ u. a.:
„Geradezu ein Schulbeispiel des Verfalls ist die in der allgemeinen einzelpersönlichen Auflösungsbewegung verankerte Frauenemanzipation... Man zögert keinen Augenblick — das die echt materialistische Denkungsweise — Familien- und Volkswohl des Dämon Wirtschaft zu opfern... man wird unter den heute herrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen, schon aus den einfachsten Erwägungen der Vernunft und dem menschlichen Mitleidgefühl heraus, selbstverständlich nicht daran denken, den zumeist durch äußerste Not ins Berufsleben gedrängten Frauen bei ihrem Broterwerb Hindernisse in den Weg zu legen. Keinesfalls aber werden wir es ruhig hingehen lassen, daß die Emanzipierten in der pharisäerhaften Weise aus der sozialen Not ihrer Geschlechtsgenossen eine Tugend zu machen suchen, welche sie auf ihr Gewinnschulden setzen, etwa in der Art, als sich die Damen rühmen, daß sie durch ihr Eintreten für die weibliche Berufstätigkeit ein Großteil der Frauen selbständig und unabhängig gemacht hätten.“
Den Ersatz, der der berufstätigen Frau für die Aufgabe ihrer Berufstätigkeit geboten wird, zeigt ein weiterer Aufsatz: „Die Frau im nationalsozialistischen Staat“:
„Bis zum 14. oder 15. Lebensjahre besuchen alle Mädchen die allgemeine Grundschule... nach dem Abschluß der Grundschule mit dem 14. oder 15. Lebensjahre beginnt für die Mädchen die vierjährige Frauenschule, die allen Mädchen gründlichen Unterricht in der gesamten Haushalts-, Säuglings- und Kinderpflege, in der Charakter-, Seelen- und Erziehungslehre zuteil werden läßt, die so immer wieder zur mütterlichen Verantwortung zu ihren derzeitigsten Kindern und ihrem Volke erzieht...“
Eine unter behördlicher Aufsicht zusammengefaßte Hauschwesterenschaft wird den jungen Müttern tüchtige und zuverlässige Helferinnen stellen. Ältere Mädchen werden zu dem Beruf der Krankenpflegerin, Hebammen, Wochenpflegerin übergehen... die deutschen Mütter werden unter der Führung von Pädagogen, Aerztinnen und sonstigen klugen Männern und Frauen in ständigem lebendigem Austausch von Erfahrungen, Beobachtungen und wissenschaftlichen Entdeckungen als organisierte Mütterlichkeit über dem Schicksal ihrer Kinder wachen.“